

# diskurs

**DGB**

**Die AfD:  
Auf dem Weg in einen  
völkisch-autoritären Populismus**

**Eine Zwischenbilanz vor der  
Bundestagswahl 2017**

## **Impressum**

Herausgeberinnen und Herausgeber:  
DGB Bundesvorstand  
Abteilung Grundsatzangelegenheiten und Gesellschaftspolitik  
Henriette-Herz-Platz 2  
110178 Berlin

Verantwortlich:  
Reiner Hoffmann, DGB-Vorstandsbereich 01

Autoren:  
Alexander Häusler und Rainer Roeser

Redaktion:  
Ricarda Scholz und Anna Neuhauss

Druck:  
PrintNetwork pn / ASTOV Vertriebsgesellschaft mbH

Stand:  
Juni 2017

Bestellungen von Broschüren und Materialien des DGB bitte über den DGB-Online-Bestellservice:

[www.dgb-bestellservice .de](http://www.dgb-bestellservice.de)

Schriftliche Bestellungen NUR für Bestellerinnen und Besteller ohne Zugang zum Internet:  
PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33–34, 10243 Berlin

# Inhalt

Vorbemerkungen der Herausgeberinnen und Herausgeber . . . . .	2
Vorbemerkungen der Autoren . . . . .	4
1. Parteipolitische Veränderungen in der AfD . . . . .	5
1.1 Entwicklung der AfD seit der Verabschiedung ihres Grundsatzprogramms . . .	5
1.2 Merkmale eines völkisch-autoritären Populismus in der AfD . . . . .	6
1.3 Das AfD-Strategiepapier . . . . .	14
1.4 Die Landtagswahlen 2017 . . . . .	15
2. Der AfD-Bundesparteitag 2017 in Köln . . . . .	18
2.1 Petrys Strategiekonzept . . . . .	21
2.2 Meuthen als Gewinner des Parteitags . . . . .	22
2.3 Spitzenteam mit Petry-Gegnerinnen und -Gegnern . . . . .	23
2.4 Ergänzungswahl zum Schiedsgericht / Höcke-Ausschluss . . . . .	23
3. Programm zur Bundestagswahl 2017 . . . . .	24
4. Politik für „die kleinen Leute“? . . . . .	35
4.1 Das Wahlprogramm und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer . . . . .	35
4.2 Rechter Sozialpopulismus . . . . .	36
5. Ausblick . . . . .	40

# Vorbemerkungen der Herausgeberinnen und Herausgeber

Seit ihrer Gründung im Jahr 2013 steht die „Alternative für Deutschland“ (AfD) im Blickpunkt der Medien und der Öffentlichkeit. Wie für alle rechtspopulistischen und -extremistischen Parteien in Europa gilt auch für die AfD, dass es ihr durch eine polemische Überzeichnung von Krisenszenarien und eine demokratie- und fremdenfeindliche Ausgrenzungsrhetorik gelungen ist, rasche Wahlerfolge zu erzielen.

Im Falle der Eurokrise wurden systematisch Ressentiments gegen Griechenland geschürt. In der Flüchtlingsdebatte wurde das Schreckgespenst einer vermeintlichen Überfremdung unseres Landes an die Wand gemalt. Seitdem weniger Geflüchtete bei uns ankommen, nimmt die AfD die vielfältige Gesellschaft ins Visier. Sie warnt in alarmistischer Manier vor einer angeblichen Islamisierung Deutschlands und ruft im selben Atemzug den Kulturkampf aus. Gleichzeitig inszeniert sich die AfD als Außen-seiterin, die in unserem demokratischen System die einzige „wahrhaftige“ Alternative zu den sogenannten „Altparteien“ bietet. Sie erhebt den Anspruch die Interessen des „deutschen Volkes“ zu vertreten und endlich der Stimme der „schweigenden Mehrheit“ wieder Gehör zu verschaffen, die von linken Verfechterinnen und Verfechtern von „Multi-Kulti“ und „Political Correctness“ zu lange unterdrückt wurde. In dieser Lesart fühlt sich die AfD nicht nur von den „systemerhaltenden Altparteien“, sondern auch von der „Lügenpresse“ permanent diffamiert.

Mit dieser Form der Selbstinszenierung und ihren vermeintlich einfachen Antworten schaffte die AfD schon bei den Bundestagswahlen 2013, mit einem Stimmenanteil von 4,7 Prozent, beinahe den Einzug in den Bundestag. Bei den Europawahlen im Mai 2014 konnte sie erneut punkten und zog mit 7 Prozent in das Europäische Parlament ein. In den letzten drei Jahren ist die AfD in insgesamt 13 Länderparlamente eingezogen.

Die Analyse des Wahlverhaltens von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern in all diesen Fällen hat dabei deutlich gemacht, dass sich deren Wahlverhalten nicht wesentlich von anderen Teilen der deutschen Wählerschaft unterscheidet. Umso wichtiger ist es, sich mit ihren Positionen wie in dieser Studie auseinanderzusetzen: Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sollten nicht nur ihre flüchtlings- und islamfeindliche Haltung und ihre rechtspopulistische Pose kennen, sondern auch wissen, wie gewerkschaftsfeindlich sie sich aufstellt.

In den aktuellen Umfragen zur Bundestagswahl werden für die AfD Ergebnisse von rund 7 bis 9 Prozent prognostiziert.<sup>1</sup> Damit würde der AfD, vier Jahre nach ihrer Gründung, erstmals der Einzug in den Deutschen Bundestag gelingen. Angesichts dieser Perspektive haben wir uns für eine weitere Veröffentlichung im Rahmen der Diskurs-Reihe des DGB entschieden.

---

<sup>1</sup> Stand: Juni 2017.

Mit der vorliegenden Studie soll gezeigt werden, wie sich die AfD im Vorfeld der Bundestagswahlen sowohl inhaltlich als auch personell aufstellt und welche Entwicklungen die Partei seit dem Beschluss ihres Grundsatzprogramms im Mai 2016 durchlaufen hat. Es wird deutlich, dass sich die AfD konsequent zu einer rechten Bewegungspartei mit völkisch-nationalistischen und autoritären Stoßrichtung entwickelt. Wir wollen dafür sensibilisieren, wie sehr ihre Wahlrhetorik und -programmatik in Widerspruch zu gewerkschaftlichen Positionen und Grundwerten steht.

# Vorbemerkungen der Autoren

Die vorliegende Zwischenbilanzierung der AfD vor der Bundestagswahl 2017 schließt inhaltlich an eine im Februar 2016 verfasste Analyse der Entwicklung und politischen Positionierung der AfD an: Sie wurde vom DGB-Bundesvorstand unter dem Titel „Die AfD: Eine rechtspopulistische Partei im Wandel. Ein Zwischenbericht“ herausgegeben.<sup>2</sup> Darin werden unter anderem fünf Entwicklungsphasen der AfD von ihrer Gründung bis zum Beginn der Flüchtlingsdebatte im Herbst 2015 beschrieben. Dadurch wurde ersichtlich, dass es sich bei der AfD um eine Partei im Wandel handelt: Entstanden als rechte Anti-Euro-Partei, vollzog sie im Laufe ihres kurzen Werdegangs einen Wandel hin zu einem völkisch-autoritären Populismus.

Der AfD ist mittlerweile der Einzug in 13 Landesparlamente gelungen. Die Bundestagswahl 2017 wird ein wichtiger Gradmesser dafür sein, ob es der Partei gelingt, sich längerfristig in der deutschen Parteienlandschaft zu verankern. Hier knüpfen wir mit der vorliegenden Veröffentlichung an: Wir bilanzieren die Positionierungen der Partei vor der Bundestagswahl und beschreiben ihren politischen Werdegang seit der Veröffentlichung ihres Grundsatzprogramms. Dabei nimmt die Beschäftigung mit dem AfD-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 breiten Raum ein. Des Weiteren beschreiben wir die inhaltlichen und organisatorischen Ausdrucksformen ihrer rechten Radikalisierung. Ein besonderes Augenmerk richten wir in diesem Zusammenhang auf die sozialpopulistischen Inszenierungen der AfD.

Wir hoffen, mit dieser Veröffentlichung Hintergrundmaterial zu einer vertiefenden Auseinandersetzung in gewerkschaftlichen Kreisen mit der rechtspopulistischen Gefahr liefern zu können.

---

<sup>2</sup> Die Analyse ist online lesbar unter:  
<http://www.dgb.de/themen/++co++18157294-f10c-11e5-b9f3-52540023ef1a>, abgerufen am 19.06.2017.

# 1. Parteipolitische Veränderungen in der AfD

## 1.1 Entwicklung der AfD seit der Verabschiedung ihres Grundsatzprogramms

In der vierjährigen Geschichte der AfD bedeutete die Verabschiedung des Grundsatzprogramms bei einem Parteitag Anfang Mai 2016 in Stuttgart die Ratifizierung eines Radikalisierungsprozesses, insbesondere durch die, im Vergleich zur Ära Lucke, viel deutlichere Gewichtung der Themenfelder Asyl, Flucht, Zuwanderung und Islam.

Das im April 2017 in Köln beschlossene Wahlprogramm kann in weiten Teilen als Ableitung und Konkretisierung des Grundsatzprogramms verstanden werden. Die Aussagen zur Bundestagswahl enthalten freilich auf der einen Seite solche, die über die des Grundsatzprogramms hinausreichen, auf der anderen Seite aber auch Abschwächungen. Die Abweichungen sind vor allem durch drei Faktoren erklärbar:

1. Eine fortgesetzte Radikalisierung der Partei.
2. Interne Differenzen in der Partei. Dabei ging es vor allem um die Tatsache, dass die Autorinnen und Autoren programmatischer Dokumente in der AfD wiederholt die Stimmen der Mitglieder in Online-Abstimmungen nicht beachteteten.
3. Wahlstrategische Erwägungen, konkret: die Präsentation der AfD als eine für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wählbare Partei.

Seit ihrem Führungswechsel im Sommer 2015 hat die AfD zudem ihre rassistische Stoßrichtung verstärkt. Während die Partei im Sommer 2015 in Wählerumfragen lediglich bei rund 5 Prozent lag, änderte sich dies im Laufe der zweiten Jahreshälfte massiv zu ihren Gunsten. Nicht grundlos bezeichnete der brandenburgische AfD-Vorsitzende Alexander Gauland daher die Flüchtlingskrise als „Geschenk“ für seine Partei.<sup>3</sup> Mit ihrer sogenannten Herbstoffensive im selben Jahr begann die Mobilisierung der AfD gegen den Flüchtlingskurs der Bundesregierung. Populistische Schmähungen gegenüber Bundeskanzlerin Angela Merkel gingen in AfD-Kreisen einher mit flüchtlingsfeindlicher Eskalationsrhetorik. So verstieg sich z. B. der AfD-Politiker Benjamin Nolte auf der Facebook-Seite der Patriotischen Plattform zu der Aussage „Wir schaffen das‘ hat Deutschland mindestens so sehr geschadet wie ‚Ausländer raus‘.“<sup>4</sup> AfD-Sprecherin Frauke Petry äußerte in einem Interview zum Schutz der Grenzen gegen Flüchtlinge, dass „notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch“ gemacht werden müsse.<sup>5</sup> Ihre Stellvertreterin Beatrix von Storch bekundete ebenfalls:

3 Umfragehoch: AfD-Vize Gauland sieht Flüchtlingskrise als Geschenk, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-alexander-gauland-sieht-fluechtlingskrise-als-geschenk-a-1067356.html>, abgerufen am 12. 12. 2015.

4 Benjamin Nolte: Vorsicht Altparteilinge! In: Patriotische Plattform v. 26. 07. 2016, <http://patriotische-plattform.de/blog/2016/07/29/vorsicht-altparteilinge-ein-beitrag-von-benjamin-nolte/>, abgerufen am 31. 07. 2016.

5 Steffen Mack und Walter Serif: „Sie können es nicht lassen!“, in: Mannheimer Morgen v. 30. 1. 2016, <http://www.morgenweb.de/nachrichten/politik/sie-können-es-nicht-lassen-1.2620328>, abgerufen am 27. 2. 2016.

„Wer das HALT an unserer Grenze nicht akzeptiert, der ist ein Angreifer. Und gegen Angriffe müssen wir uns verteidigen.“<sup>6</sup>

Als weiteres politisches Kampagnenthema dient der AfD der Islam, der in muslimfeindlicher Manier mit islamistischem Terror weitestgehend gleichgesetzt wird. So erklärte von Storch, der Islam sei eigentlich eine „politische Ideologie“, welche „mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist“<sup>7</sup>. Der Berliner AfD-Bundestagskandidat Nicolaus Fest (Listenplatz 5) geht in seinen Forderungen noch weiter: Er fordert, die Ausübung des Islams „zu verhindern, und das heißt: Moscheen schließen.“ Als Begründung fügt der Ex-Vizechefredakteur der „Bild am Sonntag“ an: „Wir stellen auch nicht Neonazis das Nürnberger Reichsparteitagsgelände für Aufmärsche zur Verfügung.“<sup>8</sup>

Aus der politischen Positionierung „Der Islam gehört nicht zu Deutschland“ im Grundsatzzprogramm lässt sich herauslesen, dass die AfD das grundgesetzlich verbrieftete Recht auf Religionsfreiheit indirekt in Frage stellt. Minarette lehnt die AfD „als islamisches Herrschaftssymbol ebenso ab wie den Muezzinruf, nach dem es außer dem islamischen Allah keinen Gott gibt“. Unterbunden werden solle die Finanzierung des Baus und Betriebes von Moscheen durch islamische Staaten oder ausländische Geldgeber bzw. ihre „Mittelsmänner“. Zugleich lehnt es die AfD ab islamischen Organisationen in der Bundesrepublik, analog zu anderen Religionsgemeinschaften, den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zu verleihen. Darüber hinaus fordert die Partei ein allgemeines Verbot der Vollverschleierung in der Öffentlichkeit. Im öffentlichen Dienst soll zudem nach dem Willen der Partei kein Kopftuch getragen werden dürfen, in Bildungseinrichtungen weder von Lehrerinnen noch von Schülerinnen.<sup>9</sup> Der Historiker Michael Wildt deutet solche Ausgrenzungen hinsichtlich ihrer Konsequenz für das grundgesetzliche Recht auf freie Religionsausübung als verfassungswidrig.<sup>10</sup>

## 1.2 Merkmale eines völkisch-autoritären Populismus in der AfD

Wir haben den Begriff des völkisch-autoritären Populismus aus folgendem Grund gewählt: Mit ihm bietet sich die Möglichkeit zur pointierten Beschreibung von Tendenzen, Weltanschauungen und Agitationsmustern, die aktuell in der AfD vorherrschen. Das sind

6 Beatrix von Storch: Es ist so weit, v. 30.01. 2016, <https://www.facebook.com/BeatrixVonStorch/posts/1046239668750811>, abgerufen am 27.02.2016.

7 Beatrix Von Storch: „Islam nicht mit Grundgesetz vereinbar“, in: FAZ online v. 17.04.2016, <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/von-storch-islam-nicht-mit-grundgesetz-vereinbar-14182472.html>, abgerufen am 24.04.2016.

8 Nicolaus Fest: „Wir wollen kein europäisches Saudi-Arabien“, in: Die Tagespost online v. 20.06.2017, <http://www.die-tagespost.de/feuilleton/ldquo-Wir-wollen-kein-europaeisches-Saudi-Arabien-ldquo;art310,179442>, abgerufen am 19.07.2017.

9 Programm für Deutschland. Das Grundsatzzprogramm der Alternative für Deutschland, Berlin 2016, S. 49 f.

10 Michael Wildt: Volk, Volksgemeinschaft, AfD, Hamburg 2017, S. 120.



konkret: rechtspopulistische Inszenierung, Mobilisierung autoritärer Leidenschaften und Verkündung völkisch-nationalistischer Weltbilder und Begrifflichkeiten.

Rechtspopulismus ist hierbei als eine spezifische Form von politischer Ansprache zu verstehen, die auf einer „Politik mit der Angst“ basiert. Die Sprachwissenschaftlerin Ruth Wodak benennt zwei Merkmale rechtspopulistischer Parteien:

- „Alle rechtspopulistischen Parteien instrumentalisieren eine Art von ethnischer, religiöser, sprachlicher, politischer Minderheit als Sündenbock für die meisten – wenn nicht alle – aktuellen Sorgen und Probleme. Sie stellen die jeweilige Gruppe als gefährlich dar, die Bedrohung ‚für uns‘, für ‚unsere‘ Nation. Dieses Phänomen manifestiert sich als ‚Politik mit der Angst‘.
- Alle rechtspopulistischen Parteien pflegen eine – wie ich es bezeichne – ‚Arroganz der Ignoranz‘. Appelle an den gesunden Menschenverstand und Anti-Intellektualismus markieren eine Rückkehr zu vormodernistischem Denken, also vor der Aufklärung.“<sup>11</sup>

Sinnbild für diese populistische Attitüde ist die Identifikationsparole der AfD „Mut zur Wahrheit“. Auf der Internetseite der AfD heißt es zur Erläuterung dieser Parole:

„Mut zur Wahrheit... das war der Wahlslogan der AfD zur Bundestagswahl 2013.

Und Mut zur Wahrheit ist nötiger denn je, denn wir haben es zu tun mit:

1. einer Politikerkaste, die dem Volk systematisch wesentliche Probleme unserer Zeit verschweigt,
2. Medien, die sich den Politikern soweit angenähert haben, dass ihnen jede kritische Distanz abhanden gekommen ist,
3. sowie den Wächtern der ‚Political Correctness‘, die mittels Tabuisierung ganzer Themenfelder Denkverbote mitten in unseren Gehirnen einrichten möchten.“<sup>12</sup>

Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten inszenieren sich als „Anwälte des Volkes“ und präsentieren „Schuldige“ für eine als „volksfeindlich“ angeprangerte Politik. Diesen Mechanismus beschreibt der österreichische Politologe Anton Pelinka so:

„Da es dem Feind – dem Fremden, der fremden Kultur – bereits gelungen ist, in die Festung des Nationalstaats einzudringen, muss jemand dafür verantwortlich sein. Die Eliten sind die sekundären ‚definierten Anderen‘, denn sie sind verantwortlich für die liberale demokratische Politik der Akzeptanz kultureller Diversität. Die populistische

<sup>11</sup> Ruth Wodak: Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse, Wien 2016, S. 18.

<sup>12</sup> <http://www.alternativefuer.de/programm-hintergrund/mut-zur-wahrheit/>, abgerufen am 12.11.2014.

Antwort auf die Komplexität einer immer pluralistischeren Gesellschaft ist nicht Multikulturalität. (...) Rechtspopulismus sieht Multikulturalität als Rezept, die (eigene) Nation zu entnationalisieren, das (eigene) Volk zu dekonstruieren.“<sup>13</sup>

Diese Mechanismen beschreibt die Spiegel-Redakteurin Melanie Amann in ihrem Buch über die AfD mit dem Titel „Angst für Deutschland“: „Der Erfolg von Thilo Sarrazins Buch ‚Deutschland schafft sich ab‘ war ein Vorbote der AfD, der Autor war ein Wegbereiter der Partei, und seine Methode, Ängste als gesunden Menschenverstand zu rationalisieren, ist bis heute auch die Methode der AfD.“<sup>14</sup>

Zugleich präsentiert die AfD die ‚Schuldigen‘ dafür, dass Deutschland sich angeblich abschaffe. So fordert die AfD in rechtspopulistischer Manier „ein Deutschland weg vom links-rot-grün versifften 68er-Deutschland“, wie es der AfD-Bundes-Co-Vorsitzende Jörg Meuthen schon auf dem AfD-Bundesparteitag im April 2016 in Stuttgart verkündete.<sup>15</sup>

Rechter Populismus und autoritaristische Mobilisierung erfahren in vielen AfD-Reden eine Symbiose. So bekundete der Vorsitzende der AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative“, Markus Frohnmaier, auf einer AfD-Demonstration in Erfurt am 28. 10. 2015: „Ich sage diesen linken Gesinnungsterroristen, diesem Parteienfilz, ganz klar: Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet, wird wieder Politik für das Volk und nur für das Volk gemacht – denn wir sind das Volk, liebe Freunde.“<sup>16</sup>

Ralf Dahrendorfs frühe Warnung vor einem „Jahrhundert des Autoritarismus“<sup>17</sup> erfährt in solchen populistischen Inszenierungen eine späte Bestätigung. Der Begriff des autoritären Populismus fußt maßgeblich auf Analysen des britischen Kulturwissenschaftlers Stuart Hall.<sup>18</sup> Er diente zur Analyse des aufkommenden Thatcherismus ab Mitte der 1970er Jahre und hatte zum Ziel, „den widersprüchlichen Prozess der

---

13 Anton Pelinka: Right-wing Populism. Concept and typology, in: Ruth Wodak et al. (Hg.): Right-wing Populism in Europe. Politics and Discourse, London 2013, S. 8. Mit den sekundären ‚definierenden Anderen‘ sind „Eliten“ gemeint, die den ersten, den ‚Hauptfeind‘ der autoritären Populisten – die Einwanderer – gezielt ins Land lassen würden. Deshalb werden die „Eliten“ ebenfalls als „die Anderen“, als Volksfeinde gebrandmarkt.

14 Melanie Amann: Angst für Deutschland. Die Wahrheit über die AfD: wo sie herkommt, wer sie führt, wohin sie steuert, München 2017, S. 10.

15 AfD Parteitag in Stuttgart – Jörg Meuthen zum AfD-Programm 30.04.2016, [https://www.youtube.com/watch?v=RqGECIcH8\\_0](https://www.youtube.com/watch?v=RqGECIcH8_0), abgerufen am 20.05.2017. Das Vokabular vom „links versifften 68er-Deutschland“ wurde von dem Vulgär-Publizisten Akif Pirinçci populär gemacht.

16 Rede von Markus Frohnmaier auf der AfD-Demonstration in Erfurt am 28. 10. 2015, in: [http://www.deutschlandfunk.de/afd-kundgebung-in-erfurt-wenn-wir-kommen-wird-aufgeraemt.1773.de.html?dram:article\\_id=335345](http://www.deutschlandfunk.de/afd-kundgebung-in-erfurt-wenn-wir-kommen-wird-aufgeraemt.1773.de.html?dram:article_id=335345), abgerufen am 20.04.2016.

17 Ralf Dahrendorf: Anmerkungen zur Globalisierung, in: Ulrich Beck (Hg.): Perspektiven der Weltgesellschaft, Frankfurt a.M. 1998, S. 52.

18 Stuart Hall: Populär-demokratischer oder autoritärer Populismus, in: Helmut Dubiel (Hg.), Populismus und Aufklärung, Frankfurt a. M. 1986, S. 84–105.

Zustimmung des ‚Volkes‘ für autoritäres Krisenmanagement zu erklären“.<sup>19</sup> Hall sah in der Verwendung dieses Begriffs die Möglichkeit, „die widersprechenden Merkmale der sich herausbildenden Lage aufzunehmen: eine Bewegung in Richtung einer ‚autoritären‘ Form demokratischer Klassenpolitik von oben, paradoxerweise offenbar wurzelnd im ‚Transformismus‘ (...) der Unzufriedenheiten der Massen“.<sup>20</sup> Er beschrieb den Erfolg des autoritären Populismus zugleich als Ergebnis einer „Schaffung von Massenzustimmung“ durch die erfolgreiche Etablierung eines Diskurses zur Vereinigung der „Themen des organischen Toryismus – Nation, Familie, Amtsautorität, Maßstäbe, Traditionalismus, Patriarchalismus – mit den aggressiven Themen eines wiederbelebten Neoliberalismus – Eigeninteresse, Konkurrenzidealismus, Anti-Staatlichkeit“.<sup>21</sup>

Obwohl Hall sich mit dem Begriff auf die neoliberale Umstrukturierung der britischen Gesellschaft bezog, finden sich in seiner Beschreibung auffällige Ähnlichkeiten mit den aktuellen Inszenierungen der AfD. So beispielsweise in einem Interview, das der französische neurechte Theoretiker Alain de Benoist mit dem Landessprecher der AfD in Baden-Württemberg, Marc Jongen, für die Zeitschrift „éléments“ geführt hat. Darin bekennt sich der AfD-Politiker zum „Ordoliberalismus der Freiburger ökonomischen Schule, der die soziale Marktwirtschaft begründet hat und dem die AfD nahe steht. Darum schrieb ich schon vor drei Jahren in einem ‚Manifest‘ für die AfD: ‚Genuin liberal zu sein, heißt heute, konservativ zu sein. Zuweilen sogar reaktionär.‘ Eine ‚konservative Revolution‘ muß heute auch das Beste am Liberalismus noch retten“, so der selbst-ernannte AfD-Vordenker.<sup>22</sup>

Jongen plädiert zudem für eine positive Besetzung des Begriffs Populismus: „Wenn man bedenkt, daß ‚demos‘ in „Demokratie“ und ‚populus‘ in ‚Populismus‘ ein und dasselbe bedeuten, nämlich ‚Volk‘, dann kann man sich den Begriff durchaus offensiv zu eigen machen: Wir sind diejenigen, die sich für die Belange des Volkes einsetzen – gegen die Technokraten und Postdemokraten in den Altparteien.“<sup>23</sup>

Und weiter: „Die neuen Fronten verlaufen quer zu den alten Rechts-links-Gegensätzen, sie sortieren sich vielmehr entlang der Fragen nach der eigenen staatlichen und kulturellen Identität und ihres Erhalts. Insofern ist Angela Merkel schon jetzt ein ‚politischer Zombie‘ und wird bald Geschichte sein.“<sup>24</sup>

19 Hans-Peter Krebs: Autoritärer Populismus, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, 1994, [http://www.inkrit.de/e\\_inkritpedia/e\\_maincode/doku.php?id=a:autoritaerer\\_populismus](http://www.inkrit.de/e_inkritpedia/e_maincode/doku.php?id=a:autoritaerer_populismus), abgerufen am 20.05.2017.

20 Stuart Hall: Die Bedeutung des autoritären Populismus für den Thatcherismus, in: ders.: Populismus, Hegemonie, Globalisierung. Ausgewählte Schriften 5, Hamburg 2014, S. 125.

21 Ebd., S. 129f.

22 „Repolitisierung der Debatte“ – Marc Jongen im Gespräch. Das Interview wird hier zitiert nach der Übersetzung in: Sezession online v. 07.06.2017, <https://sezession.de/57282/?komplettansicht=1>, abgerufen am 18.06.2017.

23 Ebd.

24 Ebd.

Eine autoritär-populistische Wortwahl lässt sich in einer Rede von Josef Dörr veranschaulichen. Er ist seit April 2015 Vorsitzender des saarländischen AfD-Landesverbandes und sorgte schon mit seiner Bewerbungsrede für Aufsehen. „Ein Hauch von Geschichte weht durch diesen Saal, das sage ich ohne Pathos“, hatte Dörr erklärt.<sup>25</sup> „Hier und heute, davon bin ich überzeugt, wird saarländische AfD-Geschichte geschrieben. Und ihr werdet diese Geschichte mitgeschrieben haben.“ Die Saarländerinnen und Saarländer würden auf die AfD geradezu warten: „Sie hoffen auf uns. Zu oft ist ihnen zu viel versprochen worden, und zu oft wurden sie bitter enttäuscht. Unser schönes Saarland ist verkommen zum Bittsteller und Bettler. Wir tragen die Hoffnung unserer Landsleute, wir sind die letzte Hoffnung, und dieser Hoffnung müssen wir uns würdig erweisen.“ Die AfD wolle nicht nur mitreden: „Wir wollen auch mitbestimmen, ja wir wollen auch bestimmen. Wir müssen Großes tun, um groß zu werden. Um Großes tun zu können, müssen wir den Mut haben, groß zu denken. Wir werden von einer kleinen Volkspartei zur großen Volkspartei wachsen und viele Landtagsabgeordnete, Bundestagsabgeordnete, Landräte und Bürgermeister stellen.“ Zum Ende seiner Rede erklärte er: „Wir spüren eine tiefe Glut in uns. Diese Glut ist nicht die Glut einer ohnmächtigen Wut, es ist die Glut einer mächtigen Wut. An ihr werden wir das Feuer entfachen. Die Missstände in unserem Land sind der Wind, der diese Glut entfacht. Eine Flamme kommt zur anderen Flamme. Die Flammen wachsen zu einem Flammenmeer und schließlich zu einem Feuersturm. Dieser Feuersturm wird alles hinwegfegen und vernichten, was schlecht ist: Filz und Korruption, aber auch Ängstlichkeit, Verzagtheit und Mutlosigkeit.“

Nach dem Einzug der AfD in den saarländischen Landtag wählten die AfD-Abgeordneten den Landesvorsitzenden Dörr zu ihrem Fraktionsvorsitzenden. Dörr amtierte zudem in der konstituierenden Sitzung am 25. April 2017 als Alterspräsident.

Nicht nur die AfD inszeniert sich autoritär-populistisch, sondern insgesamt der heutige Rechtspopulismus in Europa. Der Begriff des autoritären Populismus findet daher auch Verwendung in zeitgenössischen Analysen zum rechten Populismus. So bezeichnet aktuell die Kulturwissenschaftlerin Arjun Appadurai den rechten Angriff auf die liberale Demokratie als neue Form des „populistischen Autoritarismus“.<sup>26</sup> Die Merkmale der erstarkten radikal rechten Parteien und Bewegungen in Europa beschreibt sie folgendermaßen:

„Die (bei rechten politischen Bewegungen oft ganz oben auf der Agenda stehende) Zuwanderungsdebatte ist ja ein Paradebeispiel für die Übersetzung von Fragen der ökonomischen Souveränität in Fragen der kulturellen Souveränität – eine Übersetzung und

---

25 Daniel Kirch und Ute Klockner: „Ein Hauch von Geschichte weht durch diesen Saal“, in: Saarbrücker Zeitung v. 04.05.2015, <http://www.saarbruecker-zeitung.de/aktuell/lokalnews/Brandkatastrophen-Freunde-Geschichte-Landesparteitage-Reden-Volksparteien;art27857,5732326>, abgerufen am 28.03.2016.

26 Arjun Appadurai: Demokratieermüdigkeit, in: Heinrich Geiselberger (Hg.): Die große Regression. Eine internationale Debatte zur geistigen Situation der Zeit, Berlin 2017, S. 17.

Verschiebung, die (...) zu den wesentlichen Ursachen des weltweiten Erfolgs des Rechtspopulismus gehört.“<sup>27</sup>

Nach Ansicht des Soziologen Oliver Nachtwey ermöglicht das autoritäre Ressentiment seinen Anhängern ein Gefühl der Souveränität:

„Offenkundig erachten es einige Gruppen in der Gegenwart nicht länger als lohnenswert, sich zivilisiert zu verhalten. Als entbettete Individuen, die vor allem im Internet kaum noch sozialer Kontrolle unterliegen und sich für hasserfüllte Botschaften nicht verantworten müssen, lassen sie ihren Vorurteilen freien Lauf. Am Ende treffen sie sich in den Affektkoalitionen der Ressentimentgeladenen: bei der AfD, bei Auftritten von Donald Trump oder Marine Le Pen. Was diese Gruppen eint, ist die Negation der Zivilisation in der Praxis im Namen einer imaginierten abendländischen Zivilisation“.<sup>28</sup>

In der Propaganda der AfD wird der autoritäre Populismus angereichert mit völkisch-nationalistischen Versatzstücken: Bei einer der Demonstrationen während des sachsen-anhaltischen Wahlkampfes definierte der dortige Landesvorsitzende André Poggenburg seine Partei als „eine echte deutschnationale Partei“.<sup>29</sup> Für Aufmerksamkeit sorgte er ebenfalls durch einen Weihnachtsgruß seines Landesverbandes: Darin formulierte er, es sei nun angebracht, über die „Verantwortung für die Volksgemeinschaft“ nachzudenken. Kritisiert wegen der Wortwahl, klagte er, es sollten wohl „einige völlig unproblematische und sogar äußerst positive Begriffe nicht benutzt werden“. Poggenburg: „Das lassen wir uns nicht gefallen, denn wirkliche Freiheit fängt bei der Freiheit der Sprache an!“<sup>30</sup>

Auch die AfD-Bundessprecherin Frauke Petry sprach sich in einem Interview gegen die „Ächtung des Begriffs ‚völkisch‘“ aus, den sie stattdessen „wieder positiv besetzen“ wolle.<sup>31</sup> Für den Historiker Michael Wildt ist Petrys Absicht offensichtlich: „Wieder ein völkisches Vokabular öffentlich ‚sagbar‘ werden zu lassen, das bislang als Sprache des Dritten Reiches gebrandmarkt war.“<sup>32</sup>

Eines solchen Sprachduktus bediente sich Petry ebenfalls in ihrer Rede auf dem Kongress „Freiheit für Europa“ im Januar 2017 in Koblenz. Dort versammelten sich, auf Einladung

---

27 Ebd., S. 32.

28 Oliver Nachtwey: Entzivilisierung. Über regressive Tendenzen in westlichen Gesellschaften, in: Heinrich Geiselberger (Hg.): Die große Regression. Eine internationale Debatte zur geistigen Situation der Zeit, Berlin 2017, S. 229.

29 André Poggenburg: Die AfD ist einfach nicht mehr aufzuhalten!, AfD-Landtags-TV v. 27.01.2016, <https://www.youtube.com/watch?v=YYwTWkiZYgs&feature=youtu.be>, abgerufen am 28.01.2016.

30 Alternative für Deutschland AfD Sachsen-Anhalt: Liebe Bürger und Mitstreiter, v. 24.12.2015, <https://www.facebook.com/SachsenAnhalt.AfD/photos/a.384418898339525.1073741828.36384295373045/3/898617830252960/?type=3>, abgerufen am 27.02.2016.

31 Frauke Petry: „Wir wollen keinen Bürgerkrieg“, Interview, in: Die Welt v. 11.09.2016.

32 Michael Wildt: Volk, Volksgemeinschaft, AfD, Hamburg 2017. S. 117 f.

der rechtsradikalen ENF-Fraktion des Europaparlaments, die Führungspersonen des europäischen Rechtspopulismus – unter ihnen neben Petry, Marine Le Pen vom rechts-extremen französischen Front National, Geert Wilders mit seiner muslimfeindlichen Partij voor de Vrijheid aus den Niederlanden und Matteo Salvini von der rassistischen Lega Nord aus Italien. Petry, die von ihren politischen Partnern aus Europa hofiert wurde, lieferte in ihrer Rede ein Paradebeispiel für eine völkisch-nationalistische Rede. Dabei verfiel sie wiederkehrend in den Sprachduktus der extremen Rechten hinsichtlich ihrer Deutungen der aktuellen politischen Weltlage. So etwa im O-Ton:

„In diesem modernen Paternalismus, der eigentlich in Deutschland Materialismus heißen müsste, vereinigen sich die Ideologen des neoliberalen One-World-Kapitalismus mit den linken Ideologen des One-World-Multikulturalismus zu einem bizarren Pawlow.“<sup>33</sup>

Das Gerede von einer globalisierten ‚One-World‘, die angeblich mithilfe des Multikulturalismus eine ‚Zerstörung der Völker‘ betreibt, gehört zum Sprachduktus des Neonazismus in Deutschland. Petry bediente sich in ihrer Rede klar erkennbar dieses Jargons:

„Heute steht die Homogenisierung der Völker oder ihre Durchmischung, ihre planlose und demokratielose Durchmischung, ihre Umwandlung in Bevölkerungen auf den Plan – übrigens nur im Westen: Niemand fordert, dass Ägypter, Saudis oder Nigerianer ihre Kultur ablegen und bunt werden sollen!“<sup>34</sup>

Die Wortwahl von einer „Durchmischung der Völker“, sowie die Behauptung einer angeblich planvollen „Umwandlung der Völker“ in „Bevölkerungen“ belegen den völkischen Sprachduktus der Rednerin. Eine solche Tonart lässt sich nicht nur in Reden der AfD-Bundesvorsitzenden erkennen. Nach Ansicht der Parteienforscher Oskar Niedermayer und Jürgen Hofrichter lässt sich auch im AfD-Grundsatzprogramm, im dortigen Kapitel „Kultur, Sprache und Identität“, ein „völkisch-nationalistische(r) Tenor“ ausmachen. Schon in der „Präambel des im Juni 2016 beschlossenen Grundsatzprogramms (wir wollen ‚Deutsche sein und bleiben‘)“ zeige sich „der Primat des Nationalen“. „Brücken zum Rechtsextremismus“ sehen die Forscher zudem bei dem Thüringer AfD-Landesvorsitzenden Björn Höcke, „dessen Äußerungen über das Fortpflanzungsverhalten von Afrikanern und Europäern als eindeutig rassistisch einzustufen sind“.<sup>35</sup>

33 Frauke Petry auf dem Kongress „Freiheit für Europa“ in Koblenz am 21.01.2017, <https://www.youtube.com/watch?v=X176zozrgIU>, abgerufen am 16.06.2017. Mit ihrem Hinweis auf einen „bizarren Pawlow“ bezieht sich Petry auf Iwan Petrowitsch Pawlow. Der russische Mediziner und Physiologe wurde durch seine Studien über den Speichelreflex beim Hund bekannt. Die Entdeckung des Hervorrufens eines bedingten Reflexes, einer sog. Konditionierung, prägte behavioristische Theorien in der Psychologie nachhaltig („Pawlow’scher Reflex“).

34 Ebd.

35 Oskar Niedermayer und Jürgen Hofrichter: Die Wählerschaft der AfD. Wer ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie? in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2, Baden-Baden 2016, S. 277 f. Die Autoren beziehen sich hier auf die Rede Höckes beim neurechten Institut für Staatspolitik im November 2015: Asyl. Eine politische Bestandsaufnahme – Höcke beim IfS, <https://www.youtube.com/watch?v=eZTw3ORSqIQ>, abgerufen am 20.05.2017.

Auch werden Verbindungen von AfD-Mitgliedern zu radikal rechten Bewegungen erkennbar. So erklärte der Vorstand der Patriotischen Plattform: „Wir wünschen uns eine engere Zusammenarbeit zwischen Identitärer Bewegung und AfD, denn auch die AfD ist eine identitäre Bewegung, und auch die Identitäre Bewegung ist eine Alternative für Deutschland.“<sup>36</sup> Gruppen wie etwa die vom AfD-Politiker Hans-Thomas Tillschneider unterstützte „Ein Prozent für unser Land“-Initiative verdeutlichen die organisatorischen Verbindungen zwischen AfD-Politikern und dem radikal rechten Bewegungsspektrum. Mit dieser Initiative versuchen rechte Kräfte aus dem Umfeld der Identitären Bewegung, dem neurechten Institut für Staatspolitik (IfS)<sup>37</sup> und dem rechten Verschwörungsmagazin „Compact“, organisatorische und finanzielle Ressourcen für flüchtlingsfeindliche Initiativen und für den Aufbau einer rechten Widerstandsbewegung gegen die aktuelle Politik zu schaffen.<sup>38</sup>

In der AfD wachsen die Kräfte, die eine nationale Aufstandsrhetorik pflegen. In einem Vortrag definierte Höcke, im November 2015, die AfD als „fundamentaloppositionelle Bewegungspartei“. Sie sei „tatsächlich die letzte friedliche Chance für unser Land“.<sup>39</sup> Die rechte Aufstandsrhetorik der AfD veranschaulichte Höcke beim zweiten Treffen der Parteirechten in der AfD, um die Gruppierung „Der Flügel“, am Kyffhäuser-Denkmal, wo er die aktuelle politische Situation als nationale „Wendezeit“ deutete und erklärte: „Die Geduld unseres Volkes ist zu Ende und schon die alten Römer wussten vom legendären Furor Teutonicus zu berichten. Liebe Freunde, wir lassen uns nicht abschaffen! Wir haben diese Wende eingeleitet, wir wollen diese Wende schaffen, und wir werden diese Wende schaffen!“<sup>40</sup>

Der Mitbegründer der AfD-Rechtsaußenformation „Der Flügel“, André Poggenburg, formulierte als politische Stoßrichtung: „Wir haben jetzt die wirklich historische Chance, eine echte deutschnationale Partei felsenfest im Parlament zu verankern.“<sup>41</sup>

Die letzte Partei in Deutschland, die die Bezeichnung deutschnational im Namen führte, war die Ende November 1918 in der Weimarer Republik gegründete Deutschnationale

---

36 Patriotische Plattform: Wir sind identitär“, <http://patriotische-plattform.de/blog/2016/06/14/wir-sind-identitaer/>, abgerufen am 14.06.2016.

37 In der Institutszeitschrift „Sezession“ gilt die AfD mittlerweile als „der parteipolitische Baustein“ innerhalb des „strukturell immer stabiler werdenden Widerstandsmilieus“. S. Götz Kubitschek: Nach dem Triumph der AfD (1) – historische Stunde, historische Verantwortung, <http://www.sezession.de/53533/nach-dem-triumph-der-afd-1-historische-stunde-historische-verantwortung.html>, abgerufen am 14.03.2016.

38 Vgl. Anna-Lena Herkenhoff: Neurechte Netzwerke und die Initiative „Ein Prozent für unser Land“, in: Alexander Häusler und Fabian Virchow (Hg.): Neue soziale Bewegung von rechts? Zukunftsängste, Abstieg der Mitte, Ressentiments, Hamburg 2016, S. 73–83.

39 Björn Höcke: Asyl. Eine politische Bestandsaufnahme – Vortrag beim IfS, <https://www.youtube.com/watch?v=eZTw3ORSqIQ>, abgerufen am 20.01.2016.

40 Björn Höcke: Rede auf dem 2. Kyffhäusertreffen der AfD-Gruppierung „Der Flügel“, <http://www.derfluegel.de/2016/06/06/video-rede-von-bjoern-hoecke-beim-kyffhaeuser-treffen-2016/>, abgerufen am 28.07.2016.

41 André Poggenburg: Die AfD ist einfach nicht mehr aufzuhalten!, AfD-Landtags-TV v. 27.01.2016, <https://www.youtube.com/watch?v=YYwTWkiZYgs&feature=youtu.be>, abgerufen am 28.01.2016.

Volkspartei (DNVP). Sie war nationalkonservativ, antisemitisch und republikfeindlich orientiert und unterstützte u. a. 1920 den Kapp-Putsch und kooperierte mit der NSDAP.

### 1.3 Das AfD-Strategiepapier

Die wahlstrategischen Erwägungen der AfD sind festgehalten in einem 33-seitigen Papier, das Ende 2016 den Bundesvorstand beschäftigte und das Anfang 2017 öffentlich bekannt wurde. Der Text bildet quasi das Bindeglied zwischen Grundsatz- und Wahlprogramm. In dem Dokument „AfD-Manifest 2017 – Die Strategie der AfD für das Wahljahr 2017“<sup>42</sup> definierte die AfD die Zielgruppen ihres Wahlkampfes, beschrieb in groben Zügen ihre wahlkampfrelevanten Themen und skizzierte die weiteren Schritte zur Vorbereitung des Wahlkampfes. Genannt werden in dem Strategiepapier die Zielgruppen der Partei, wobei erstmals in der Bundes-AfD an zwei Stellen explizit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bzw. Teile der Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerschaft aufgeführt werden.<sup>43</sup> Ansprechen will die AfD:

1. „Wähler aus allen sozialen Schichten, Altersgruppen und Teilen Deutschlands, die weitere Euro-, ‚Rettungspakete‘ ablehnen, erkennen, dass der EURO der europäischen Idee und den Europäern auf vielen Ebenen erheblichen Schaden zufügt, keinen europäischen Superstaat wollen und von Politikern Mut zu Deutschland und den Vorrang für deutsche Interessen fordern.“
2. „Bürgerliche Wähler mit liberal-konservativer Werteorientierung“ – darunter auch „leistungsorientierte Arbeitnehmer“ –, die einem „rot-grün dominierten Zeitgeist der Beliebigkeit und der Multikulti-Ideologie kritisch bis ablehnend“ gegenüberstünden. Sie würden den „Altparteien“ nicht mehr zutrauen, „für die Sorgen der Bürger bei Themen wie unkontrollierte Zuwanderung, Kriminalitätsbekämpfung, Steuerabzocke, Bildungsmisere, Ausbeutung der Familien, soziale Gerechtigkeit, Vernachlässigung des öffentlichen Raums und Genderwahn Lösungen zu finden“.
3. „Protestwähler“, die „mit der Verengung der politischen Debatte auf wenige Themen, mit politisch korrekten Meinungsäußerungen in den Medien, sowie ganz allgemein mit Inhalt und Stil der politischen Debatte unzufrieden sind und sich gegen die Selbstbedienungsmentalität der Altparteien wenden“.
4. (Bisherige) Nichtwähler, die – obwohl politisch interessiert – „unter den Altparteien nirgendwo ein akzeptables Angebot“ fänden.
5. „Bürger mit unterdurchschnittlichen Einkommen (‚kleine Leute‘) in sog. ‚prekären Stadtteilen‘, die sich dem dortigen Trend zur Ausnutzung von staatlichen

<sup>42</sup> Alternative für Deutschland: „Demokratie wieder herstellen – Dem Volk die Staatsgewalt zurückgeben – AfD-Manifest 2017 – Die Strategie der AfD für das Wahljahr 2017“, v. 22. 12. 2016, [http://www.weser-kurier.de/cms\\_media/module\\_ob/2/1389\\_1\\_AfD-Strategie-2017\\_58a5b0701d8dd.pdf](http://www.weser-kurier.de/cms_media/module_ob/2/1389_1_AfD-Strategie-2017_58a5b0701d8dd.pdf), abgerufen am 04.04.2017.

<sup>43</sup> Ebd., S. 4.



Transferleistungen und zur Verwahrlosung entgegenstellen, sich zu konservativen Werten wie Leistungsbereitschaft, Ordnung, Sicherheit und Patriotismus bekennen, sich von den Altparteien nicht ernst genommen und außerdem als Verlierer der Globalisierung fühlen. In dieser Gruppe finden sich viele Arbeiter und Arbeitslose.“

Diese fünf Zielgruppen stünden im Mittelpunkt der Tätigkeit, heißt es in dem Papier. Programme, Aktivitäten und Öffentlichkeitsarbeit würden so ausgerichtet, dass sie mindestens eine der fünf Gruppen ansprechen. „Die Reaktionen und Befindlichkeiten anderer Teile der Gesellschaft sind für die AfD demgegenüber von untergeordneter Bedeutung. Sie sind eher Zielscheiben als Zielgruppen der AfD.“<sup>44</sup>

Zwei Gefahren sieht die Partei bei der Ausdehnung des adressierten Klientels insbesondere. Einerseits dürften die im Wahlkampf behandelten Themen innerhalb der AfD-Wählerinnen- und Wählerschaft nicht zu einer Spaltung führen. „Bei für die AfD bislang für Wahlerfolge nicht erforderlichen Themen (das gilt insbesondere für die Wirtschafts- und Sozialpolitik) muss sehr sorgfältig darauf geachtet werden, dass sich die Anhängerschaft der AfD nicht auseinanderdividiert.“<sup>45</sup> Als Beispiele für solche Themen, die Spaltungsgefahren in den eigenen Reihen bergen, werden „Steuergerechtigkeit, Rentenhöhe, Krankenkassenbeiträge, Mietbremsen oder Arbeitslosenversicherung“ genannt. Es komme „für den Erfolg 2017 vorrangig darauf an, wie schon bisher etwaige Differenzen möglichst im Hintergrund zu lassen und das Gemeinsame der AfD-Wählerschaft zu betonen“.<sup>46</sup>

Zweitens müssten „Positionen, die der politische Gegner als ‚neoliberal‘ ausschlagen kann, gut argumentiert und unter Marketinggesichtspunkten aufbereitet werden“. Beispielhaft wird die Forderung nach einer Abschaffung der Erbschaftssteuer genannt.

Mit den in dem Papier als „Zielscheiben“ bezeichneten politischen Angriffszielen sind offenbar die anderen Parteien gemeint, denen unter der Überschrift „Abgrenzung von den politischen Gegnern im Parteienspektrum“ ein eigenes Kapitel gewidmet ist. Besonders die Grünen werden darin als Hauptgegner der eigenen politischen Zielsetzungen beschrieben.

#### 1.4 Die Landtagswahlen 2017

In ihrem Strategiepapier der AfD für das Wahljahr 2017 schrieben die beiden Autoren, darunter der ehemalige AfD-Bundesgeschäftsführer und jetzige Landes- und Fraktionsvorsitzende in Berlin, Georg Pazderski, Ende letzten Jahres: „Mit großer Wahrscheinlichkeit wird die Alternative für Deutschland, mit einem Ergebnis zwischen mindestens 12–15 %, im Herbst 2017 als drittstärkste Partei in den Bundestag einziehen.“<sup>47</sup> Zur künftigen

44 Ebd., S. 3.

45 Ebd., S. 8.

46 Ein ausführlicher DGB-Faktencheck „Wohin will die AfD mit der Rente?“ kann unter folgendem Link abgerufen werden: <http://www.dgb.de/-/Brs>, abgerufen am 20.06.2017.

47 Alternative für Deutschland: „Demokratie wieder herstellen – Dem Volk die Staatsgewalt zurückgeben – AfD-Manifest 2017 – Die Strategie der AfD für das Wahljahr 2017“, v. 22.12.2016, [http://www.weser-kurier.de/cms\\_media/module\\_ob/2/1389\\_1\\_AfD-Strategie-2017\\_58a5b0701d8dd.pdf](http://www.weser-kurier.de/cms_media/module_ob/2/1389_1_AfD-Strategie-2017_58a5b0701d8dd.pdf), S. 29 f., abgerufen am 04.04.2017.

Fraktion würden voraussichtlich zwischen 70 und 100 Abgeordnete gehören. Auch über den künftigen Personalbedarf hatten sich die Autoren des Strategiepapiers Gedanken gemacht: „Das erfordert, nimmt man die Größe der Mitarbeiterstäbe der anderen im Bundestag aktuell vertretenen Parteien als Grundlage und setzt sie ins Verhältnis zum erwarteten AfD-Wahlergebnis, einen Stab von ca. 100–150 Mitarbeitern in der Fraktion. Darüber hinaus müssen ca. 250–300 weitere qualifizierte persönliche Mitarbeiter für die Bundestagsabgeordneten ausgewählt und eingestellt werden.“ Demnach würden zwischen 420 und 550 AfD-Mitglieder und -Anhängern nach dem September auf Bundesebene von ihrer politischen Arbeit leben können – eine Zahl, die gemessen an der Zahl der Mitglieder, deutlich höher läge als bei allen anderen Bundestagsparteien.

Umfragen attestierten der AfD Mitte Dezember letzten Jahres zwischen 10,5 und 13 Prozent.<sup>48</sup> Anfang Januar 2017 war die Partei gar bei Infratest dimap bei 15 Prozent notiert worden.

Seit der Bundestagswahl 2013 gelang der AfD in allen Landtagswahlen der Einzug in die Parlamente. In Ostdeutschland erzielte die Partei überall zweistellige Ergebnisse, in Sachsen-Anhalt kam sie sogar auf 24,3 Prozent. Doch auch in Westdeutschland erzielte die AfD bemerkenswerte Ergebnisse: in Baden-Württemberg überrundete sie sogar die SPD und wurde hinter den Grünen und der CDU zur drittstärksten Partei – eine erdrutschartige Umkehrung der bislang gewohnten parteipolitischen Machtverhältnisse. Beflügelt von diesen Wahlerfolgen, rief sich die AfD zur neuen Volkspartei aus. Einige Funktionärinnen und Funktionäre bekundeten das mittelfristige Ziel, zur stärksten Partei in Deutschland zu werden.

Einen Dämpfer erhielten die Einschätzungen durch die Landtagswahlen im Frühjahr 2017. Im Saarland kam die Partei am 26. März nur auf 6,18 Prozent. In Schleswig-Holstein erreichte sie am 7. Mai lediglich 5,87 Prozent. Und in Nordrhein-Westfalen, wo einige AfDlerinnen und AfDler noch im vorigen Jahr davon ausgegangen waren, die stärkste Landtagsfraktion der AfD bundesweit bilden zu können, blieb es am 14. Mai bei 7,38 Prozent. Drei Mandate errang die AfD an der Saar, fünf im nördlichsten Bundesland und 16 in NRW.

Hatte die AfD bei den Wahlen des Jahres 2016 noch zu großen Teilen davon profitiert, dass frühere Nichtwählerinnen und Nichtwähler diesmal ihre Stimmen für die rechtspopulistische Partei abgaben, so ging diese Überlegung in diesem Jahr nicht mehr auf.

An der Saar stimmten knapp 33.000 Wählerinnen und Wähler für die AfD.<sup>49</sup> Davon kamen nur rund 8.000 aus der Gruppe früherer Nichtwählerinnen und Nichtwähler.<sup>50</sup>

---

48 Alle Umfragewerte zur Bundestagswahl zitiert nach: wahlrecht.de: Sonntagsfrage Bundestagswahl, <http://www.wahlrecht.de/umfragen/index.htm>, abgerufen am 16.06.2017.

49 tagesschau.de: Landtagswahl Saarland, <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-03-26-LT-DE-SL/index.shtml>, abgerufen am 16.06.2017.

50 tagesschau.de: Landtagswahl Saarland Wählerwanderungen, [http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-03-26-LT-DE-SL/analyse-wanderung.shtml#15\\_Wanderung\\_AFD](http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-03-26-LT-DE-SL/analyse-wanderung.shtml#15_Wanderung_AFD), abgerufen am 16.06.2017.

Insgesamt rund 11.000 AfD-Wählerinnen und Wähler hatten 2012 für CDU, SPD oder Linke gestimmt, weitere 11.000 für die „anderen Parteien“. Weit stärker als die AfD profitierten CDU (28.000) und SPD (13.000) davon, dass Bürgerinnen und Bürger erstmals oder wieder an der Wahl teilnahmen.

In Schleswig-Holstein wählten rund 86.000 Bürgerinnen und Bürger die AfD.<sup>51</sup> Mehr als die Hälfte von ihnen (45.000) hatte 2012 „andere Parteien“ gewählt, aber nur jede bzw. jeder Achte (11.000) kam aus der Gruppe derer, die 2012 nicht abgestimmt hatten.<sup>52</sup> Weit besser als der AfD gelang es CDU (51.000) und SPD (30.000), unter vormaligen Nichtwählerinnen und Nichtwählern für sich zu mobilisieren.

Ähnlich das Bild in NRW. Dort stimmten knapp 630.000 Wählerinnen und Wähler für die AfD.<sup>53</sup> Fast die Hälfte (300.000) hatte vor fünf Jahren Parteien gewählt, die diesmal unter der Fünf-Prozent-Marke blieben. Etwa jede bzw. jeder Fünfte (120.000) war 2012 nicht wählen gegangen.<sup>54</sup> Auch im einwohnerstärksten Bundesland konnte vor allem die CDU (430.000), aber auch die Wahlverliererin SPD (170.000) stärker als die AfD Stimmen aus dem Lager früherer Nichtwählerinnen und Nichtwähler für sich gewinnen.

In allen drei Fällen kann vermutet werden, dass ein Großteil der AfD-Gewinne zulasten der Piraten-Partei ging, die 2012 einen Höhenflug erlebt hatte und diesmal aus allen drei Landesparlamenten abgewählt wurde.

Mehr und mehr erwies sich die AfD zudem als Ostpartei. Während sie bei den drei Landtagswahlen in West-Bundesländern zwischen knapp 6 und knapp 7,5 Prozent erreichte, wurden bei Meinungsumfragen in diesem Jahr in Brandenburg 18 Prozent<sup>55</sup>, in Mecklenburg-Vorpommern ebenfalls 18 Prozent<sup>56</sup> und in Thüringen 19 Prozent<sup>57</sup> gemessen.

---

51 tagesschau.de: Landtagswahl Schleswig-Holstein, <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-05-07-LT-DE-SH/index.shtml>, abgerufen am 16.06.2017.

52 tagesschau.de: Landtagswahl Schleswig-Holstein Wählerwanderungen, [http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-05-07-LT-DE-SH/analyse-wanderung.shtml#15\\_Wanderung\\_AFD](http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-05-07-LT-DE-SH/analyse-wanderung.shtml#15_Wanderung_AFD), abgerufen am 16.06.2017.

53 tagesschau.de: Landtagswahl Nordrhein-Westfalen, <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-05-14-LT-DE-NW/index.shtml>, abgerufen am 16.06.2017.

54 tagesschau.de: Landtagswahl Nordrhein-Westfalen Wählerwanderungen, [http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-05-14-LT-DE-NW/analyse-wanderung.shtml#16\\_Wanderung\\_AFD](http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-05-14-LT-DE-NW/analyse-wanderung.shtml#16_Wanderung_AFD), abgerufen am 16.06.2017.

55 wahlrecht.de: Umfragen Brandenburg (#ltwbb), <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/brandenburg.htm>, abgerufen am 16.06.2017.

56 wahlrecht.de: Umfragen Mecklenburg-Vorpommern (#ltwmv), <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/mecklenburg-vorpommern.htm>, abgerufen am 16.06.2017

57 wahlrecht.de: Umfragen Thüringen (#ltwth), <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/thueringen.htm>, abgerufen am 16.06.2017.

## 2. Der AfD-Bundesparteitag 2017 in Köln

In der vierjährigen Geschichte der AfD markiert der Kölner Parteitag vom 22. und 23. April 2017 eine weitere Zäsur. In der Frage nach der strategischen Orientierung der Partei, die die Parteisprecherin Frauke Petry für zentral hielt, folgten ihr die Delegierten nicht. Umjubelt wurde stattdessen ihr Ko-Sprecher Jörg Meuthen, der sich seit seiner Wahl vor zwei Jahren immer mehr zu ihrem Gegenspieler an der Spitze der Partei entwickelt hat und dabei sogar, obwohl aus dem wirtschaftsliberalen Lager der Partei stammend, im Bündnis mit deutlich weiter rechts stehenden Kräften der AfD, bis hin zu völkisch-nationalistischen Funktionärinnen und Funktionären, agiert. Ins Spitzenteam wurde mit Parteivize Alexander Gauland ein weiterer Petry-Antipode gewählt, der die AfD nun gemeinsam mit Bundesvorstandsmitglied Alice Weidel in den Wahlkampf führen soll. Versuche von Petry-Anhängerinnen und -Anhängern, eine Entscheidung in dieser Frage in Köln zu verhindern, blieben ohne Erfolg.

Die Wucht des Essener Bundesparteitags vom Juli 2015, in dessen Folge Bernd Lucke, der bis dahin als das Gesicht der AfD gegolten hatte, und mit ihm weitere prominente Vertreterinnen und Vertreter des neoliberalen Flügels die Partei verlassen hatten, besaß die Kölner Veranstaltung aber nicht. Zum einen, weil eine Abstimmung über Petrys Forderung für eine „realpolitische“ Festlegung – und damit ihre absehbare Niederlage – vermieden wurde: Der Antrag gelangte gar nicht erst auf die Tagesordnung. Zum anderen, weil Petry bereits wenige Tage vor dem Parteitag erklärt hatte, weder als alleinige Spitzenkandidatin, noch als Teil eines Spitzenteams für die Bundestagswahl zur Verfügung zu stehen: Auch damit ersparte sie sich weitere Konflikte. Begründet hatte sie ihren Verzicht mit dem Hinweis, dass „drängende Sachfragen“, wie etwa die grundsätzliche Ausrichtung der Partei, unabhängig von Personalfragen diskutiert werden müssten.<sup>58</sup> Vermutlich dürfte ihr Verzicht aber vor allem mit einer realistischen Einschätzung der Mehrheitsverhältnisse in ihrer Partei zu tun gehabt haben.

Damit bedeutete der Kölner Parteitag zwar eine empfindliche Beschädigung der Sprecherin, diese war aber nicht so gravierend, dass ihr sofortiger Rückzug die zwingende Folge gewesen wäre.

### 2.1 Petrys Strategiekonzept

Zwei Anträge von Petry zur Strategie und Außendarstellung der AfD nahmen die Delegierten gar nicht erst auf die Tagesordnung. Mit einem „Sachantrag zur strategischen Ausrichtung der AfD“ hatte sie die AfD auf den „realpolitischen Weg einer

---

<sup>58</sup> Frauke Petry verzichtet auf AfD-Spitzenkandidatur, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 19.04.2017, <http://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/parteien-und-kandidaten/frauke-petry-verzichtet-auf-afd-spitzenkandidatur-14978280.html>, abgerufen am 07.06.2017.

bürgerlichen Volkspartei“ festlegen wollen.<sup>59</sup> Unterstützt wurde dieser Antrag unter anderem durch den rheinland-pfälzischen Landesvorsitzenden Uwe Junge, den sächsischen Generalsekretär Uwe Wurlitzer und den Bundesvorsitzenden der „Alternativen Vereinigung der Arbeitnehmer“ (AVA), Uwe Witt.

Von einer solchen „realpolitischen“ Orientierung versprach sich Petry die Aussicht, „innerhalb der kommenden Jahre grundsätzlich in der Lage zu sein, relative Mehrheiten auf allen politischen Ebenen erzielen zu können und damit als stärkster oder mindestens gleichrangiger politischer Partner in Parlamenten richtungsweisende Politik umsetzen zu können“. Dabei sah sie akuten Klärungsbedarf: „Innerhalb der AfD gibt es unterschiedliche Auffassungen über den strategischen Weg zur Veränderung Deutschlands im Sinne unserer Politik. Gerade vor einem so entscheidenden Wahlkampf gilt es Klarheit darüber herzustellen, welchen strategischen Weg die Partei einschlägt.“

Auf der einen Seite skizzierte sie eine „fundamentaloppositionelle Strategie“, mit der sie namentlich Alexander Gauland in Verbindung brachte. Eine solche Strategie bediene „auch abseitige Meinungen und Standpunkte“. Man sei „also möglichst offen gerade auch für Äußerungen außerhalb des bürgerlichen Korridors“. Petry: „Ein Verschrecken dieser oftmals mutlosen Klientel wird bewusst in Kauf genommen.“ Ein fundamentalpolitischer Weg berge „das Risiko des Verlusts von gesellschaftlicher Verankerung über gesellschaftliche Multiplikatoren“.

Einem solchen Kurs stellte Petry ihre „realpolitische Strategie“ mit klaren Konsequenzen (nicht nur) für die Parlamentsarbeit gegenüber. Die AfD werde „in absehbarer Zeit Verantwortung übernehmen müssen, wenn wir mittelfristig das Land zu alter Stärke zurückführen möchten“. Ziel sei es, „ab der zweiten Legislaturperiode relative Mehrheiten in den Parlamenten zu realisieren“. „Perspektivisch“ solle die AfD „Bereitschaft zur Koalitionsfähigkeit besitzen“. Petry: „Voraussetzung hierzu sind aber zunächst entsprechende parlamentarische Erfahrung über mindestens eine Legislatur im entsprechenden Parlament und eine Koalition, in welche die AfD als Seniorpartner geht.“ Indirekt empfahl sie andere rechtspopulistische Parteien als Vorbild: „Parteien wie beispielsweise die FPÖ im europäischen Ausland stünden (...) als Anschauungsobjekt zur Verfügung. Die AfD müsste nicht jeden der Fehler wiederholen, die europäische Vorbilder schon erkannt und korrigiert haben und könnte deren Weg in kürzerer Zeit hinter sich bringen.“

Petry warnte davor, auf eine grundsätzliche Entscheidung über die Strategie der Partei zu verzichten: „Kommen beide Strategien nebeneinander zum Einsatz, zerstört die

---

59 Alternative für Deutschland: Vorläufiges Antragsbuch zum Bundesparteitag in Köln 22. und 23. April 2017, [https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/04/1904\\_Antragsbuch-BPT-April-2017.pdf](https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/04/1904_Antragsbuch-BPT-April-2017.pdf), S. 7 ff., abgerufen am 04.06.2017.

fundamentaloppositionelle Strategie die realpolitische Strategie. Die Öffnung von abseitigen Diskursräumen muss nicht als Parteistrategie getragen werden, um von einzelnen Funktionären und Parlamentariern angewandt zu werden. Sie können ohne die Beschlusslage der Partei abzuwarten, die Entscheidung für eine fundamentaloppositionelle Strategie treffen und damit alle Parteimitglieder in Haftung nehmen. Ein realpolitischer Strategieansatz hingegen ist nur erfolgversprechend, wenn er sich auf breiten Konsens der Partei und auf eine entsprechende Beschlusslage beziehen kann.“

Auch ein weiterer Antrag, den Petry unterstützte und der offenbar aus der Feder des Leipziger AfD-Funktionärs Michael Muster stammte, kam nicht auf die Tagesordnung. Die Autorinnen und Autoren hatten darin eine Ergänzung des Grundsatzprogramms verlangt.<sup>60</sup> In ihrer Antragsbegründung klagten sie – offenbar unter anderem auf den Thüringer Landes- und Fraktionschef Björn Höcke abzielend: „In den letzten Monaten ist zu beobachten, dass Mitglieder und Funktionsträger der AfD öffentlich Meinungen äußern, die nicht mehr vom Buchstaben und Geist des Parteiprogramms gedeckt sind.“ Im Programm sollten „wesentliche Positionen der AfD explizit genannt werden, um erst gar keine Missverständnisse aufkommen zu lassen“.

Konkret sollte im Programm festgeschrieben werden, dass „im Hinblick auf die Kulturleistungen anderer Völker kein Anlass besteht, den nationalen Gedanken zu überhöhen“. Die Politik der AfD sei unvereinbar mit politik-philosophischen Strömungen, die eine totale Alternative zum pluralistischen demokratischen System entwickeln. „Insbesondere ist in der AfD für rassistische, antisemitische, völkische und nationalistische Ideologien kein Platz.“

In ihrer Rede zur Eröffnung des Parteitags verteidigte Petry ihren als „Zukunftsantrag“ bezeichneten Vorstoß für eine „realpolitische“ Festlegung. Sie sei als Vorsitzende davon überzeugt, dass die AfD vor den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, vor allem aber vor der Bundestagswahl aufzeigen müsse, „ob und wie wir die Alternative für Deutschland in den Jahren bis 2021 als eine realistische Machtoption für die Wähler aufbauen müssen“.<sup>61</sup> Kompromissbereit zeigte sie sich in einem Punkt: Gauland in der Begründung namentlich genannt zu haben, sei ein „Fehler“ gewesen, der ihr leid tue, räumte Petry ein und schlug an dieser Stelle eine „Umformulierung“ vor.

Trotz dieses Versuchs, die Debatte zu entschärfen, lehnten es die Delegierten mit einer breiten Mehrheit ab, die beiden Anträge in die Tagesordnung zu übernehmen.<sup>62</sup> Petry

60 Alternative für Deutschland: Vorläufiges Antragsbuch zum Bundesparteitag in Köln 22. und 23. April 2017, [https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/04/1904\\_Antragsbuch-BPT-April-2017.pdf](https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/04/1904_Antragsbuch-BPT-April-2017.pdf), S. 4, abgerufen am 04.06.2017.

61 AfD-Bundesparteitag 2017: Eröffnungsrede von Frauke Petry am 22.04.2017, [https://www.youtube.com/watch?v=turx7gC4\\_LI](https://www.youtube.com/watch?v=turx7gC4_LI), abgerufen am 23.04.2017.

62 Der erste Tag des Bundesparteitags der AfD v. 22.04.2017, <https://www.youtube.com/watch?v=QYIRVkuMkVA>, abgerufen am 23.04.2017.

nannte den Verzicht auf die Diskussion über ihren „Zukunftsantrag“ in einem Statement am Rande des Parteitags eine „folgeschwere Entscheidung“.<sup>63</sup> Petry: „Ich glaube, dass die Partei hier einen Fehler macht.“ Sie werde sich in den kommenden Monaten des Wahlkampfes „vorbehalten, mir die Entwicklung der Partei in diesem Zusammenhang sehr genau anzuschauen“. In der Frage des Spitzenkandidaten oder des Spitzenteams werde sie sich „in Zurückhaltung üben“. „So lange die Partei nicht erkennen lässt, wohin sie tatsächlich gehen möchte, müssen Protagonisten diesen Wahlkampf anführen, die mit dieser Nicht-Entscheidung sehr viel besser leben können, als ich das tue.“

## 2.2 Meuthen als Gewinner des Parteitags

Auch atmosphärisch verlief der Parteitag für Petry alles andere als optimal. Während sie selbst für ihre Rede nur eher höflichen Beifall erntete und die anfänglichen „Frauke, Frauke!“-Rufe rasch verebbten, erhielt ihr Ko-Vorsitzender Jörg Meuthen für seine Rede stehende Ovationen – und das umso mehr, je radikaler er sich äußerte.<sup>64</sup> Er traf den Ton, den die breite Mehrheit der Delegierten zu hören wünschte, erkennbar besser als Petry. Dazu zählte seine Klage, dass er in seiner Heimatstadt nur noch „vereinzelt Deutsche“ sehe, und sein „Erschrecken“, dass „dieses ungeheure Maß an wie auch immer in unser Land gekommenen Migranten – offensichtlich mehrheitlich aus anderen Kulturkreisen stammend – mein Land, mein Land zwangsläufig und unwiderruflich in ein ganz anderes verwandelt, das kaum mehr etwas mit dem Land zu tun hat, in dem ich groß geworden bin“. Meuthen: „Wir wollen nicht zur Minderheit im eigenen Land werden und sind es doch zu Teilen bereits.“ In seiner wiederholt vom Jubel der Delegierten unterbrochenen Rede rief Meuthen: „Wenn wir den Hebel nicht jetzt und sehr entschlossen umlegen, dann ist die unwiderrufliche Veränderung unserer Heimat in ein in gar nicht so vielen Jahren muslimisch geprägtes Land eine mathematische Gewissheit.“ Deutschland sei „unser Land! Es ist das Land unserer Großeltern und Eltern und es ist unsere Bürgerpflicht, es auch noch das Land unserer Kinder und Enkel sein zu lassen“. Um dieses Ziel zu erreichen, „müssen wir uns unser Land inzwischen schon zurückerobern“, erklärte Meuthen: „Wir sind die, die Deutschland nicht abschaffen wollen. Wir sind die, die Deutschland nicht preisgeben werden.“

Seine Partei rief der AfD-Sprecher zur Geschlossenheit auf. Petrys Versuch, zwischen „Realos“ und „Fundis“ zu unterscheiden und zwischen beiden Seiten eine Richtungsentscheidung zu erzwingen, quittierte er mit dem knappen Hinweis: „Debatten über einen vermeintlichen realpolitischen und einen vermeintlichen

63 AfD-Bundesparteitag 2017: Statement von Frauke Petry v. 22.04.2017, <https://www.youtube.com/watch?v=oPLtL79VXM>, abgerufen am 23.04.2017

64 AfD-Bundesparteitag 2017: Jörg Meuthen am 22.04.2017, <https://www.youtube.com/watch?v=2WoXwBVQBmu>, abgerufen am 23.04.2017.

fundamentaloppositionellen Flügel – aus meiner Sicht eine trügerische Wahrnehmung – helfen uns da kein Jota weiter.“ Und auch dem raschen Schielen auf eine „Koalitionsfähigkeit“, das AfD-intern Petry unterstellt wurde, erteilte er eine – umjubelte – Absage. Mit Blick auf einige Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitiker von CDU, SPD und Grünen<sup>65</sup> erklärte Meuthen: „Mit diesen Figuren werden wir keine Koalitionen eingehen.“

### 2.3 Spitzenteam mit Petry-Gegnerinnen und -Gegnern

Als Niederlage für Petry wurde auch die Entscheidung für die Bildung eines Spitzenteams zur Bundestagswahl aufgefasst, die am zweiten Tag des Parteitags auf der Tagesordnung stand. Gleich am ersten Tag hatten die Delegierten zwei Anträge von Anhängern Petrys (des AfD-Bundesvorstandsmitglieds Albrecht Glaser sowie des Bochumer Vorstands- und Stadtratsmitglieds Christian Loose), den Tagesordnungspunkt zu streichen, abgelehnt. Am folgenden Tag blieb auch ein ähnlicher Antrag des Bundesvorsitzenden der AVA, Uwe Witt, der die Personalfrage nicht in Köln, sondern „im Zweifelsfall“ auf einem Mitgliederparteitag klären lassen wollte, ohne Erfolg.<sup>66</sup> Ein weiterer Vorstoß, erst in einer späteren Mitgliederbefragung über die Besetzung des Spitzenteams zu entscheiden, scheiterte. Stattdessen entschieden 67,7 Prozent der 539 Delegierten, dass Alexander Gauland und Alice Weidel ihre Partei in den Bundestagswahlkampf führen sollten. Nur 28,2 Prozent votierten gegen die beiden.

Gauland und Weidel bilden ein Duo, das gerade wegen seiner Gegensätzlichkeit attraktiv für viele Wählerinnen und Wähler sein soll: 76 Jahre alt der eine, 38 Jahre jung die andere; einer aus dem Osten, eine aus dem (Süd-) Westen; einer, der seit vier Jahrzehnten politisch tätig ist, eine, deren politische Erfahrung erst mit ihrem Eintritt in die AfD vor vier Jahren beginnt. Dazu repräsentieren die beiden fast die gesamte programmatische Spannweite der AfD: zwischen einem zuweilen völkisch konnotierten Nationalkonservatismus auf der einen und einem marktradikalen Neoliberalismus auf der anderen Seite. Von beiden sind im Wahlkampf deutlich nationalistische Aussagen zu erwarten. Die AfD werde im Bundestag „die einzige Stimme der Vernunft“ sein, „einer klaren, an Deutschlands Interessen orientierten Vernunft und nicht des Ausverkaufs an fremde Interessen“, sagte Gauland nach der Wahl in seinen Dankesworten.<sup>67</sup> Weidel bezeichnete die AfD als „die einzige Partei für Deutschland in der Bundesrepublik

<sup>65</sup> Namentlich nannte er in diesem Zusammenhang Kanzlerin Angela Merkel, den SPD-Vorsitzenden Martin Schulz, Justizminister Heiko Maas, SPD-Vize Ralf Stegner, Bundestags-Vizepräsidentin Claudia Roth und die Grünen-Politikerin Katrin Göring-Eckardt.

<sup>66</sup> AfD Bundesparteitag 23.04.2017 – Wahl des Spitzenteams zur Bundestagswahl, <https://www.youtube.com/watch?v=wu2fRdAswYM>, abgerufen am 05.06.2017.

<sup>67</sup> Alexander Gauland – Bundesparteitag Köln 2017, <https://www.youtube.com/watch?v=jgORmdkANuk>, abgerufen am 24.04.2017.



Deutschland“.<sup>68</sup> Der deutsch-nationale Sprachduktus prägte dabei einen Großteil ihrer Rede. So versprach sie: „für unser Deutschland werde ich, werden wir kämpfen, so wahr Gott helfe“. Sie schloss ihre Rede mit den Forderungen „stehen wir also gemeinsam auf für unsere Kultur, für unsere Werte und für unsere Identität und stehen wir auf für Deutschland“.

## 2.4 Ergänzungswahl zum Schiedsgericht / Höcke-Ausschluss

Einen Erfolg erzielte Petry lediglich gegen Ende des Parteitags, als vier zusätzliche Mitglieder des zukünftig insgesamt neunköpfigen Bundesschiedsgerichts zu wählen waren. Die vier neuen Parteirichterinnen und -richter werden von ihren innerparteilichen Gegnerinnen und Gegnern dem Petrys Lager zugerechnet. Ihre Wahl könnte unter Umständen eine Entscheidung im Ausschlussverfahren gegen Björn Höcke beeinflussen. Gewählt wurden: Germut Bielitz, Prof. Dr. Ralf Bommermann, Knuth Meyer-Soltau sowie Monica-Ines Oppel.<sup>69</sup> Die Nachrichtenagentur dpa meldete, Höcke-Gegner hätten sich zufrieden mit dem Ergebnis gezeigt. Einer von ihnen wurde mit den Worten zitiert: „Das waren fast unsere Wunschkandidaten.“<sup>70</sup> Bei der Wahl scheiterte unter anderem Höcke-Gefolgsmann Stephan Brandner aus Thüringen.

Mit der Entscheidung, keine weiteren Anträge über die eigentlich vorgesehene Tagesordnung hinaus zu behandeln, war auch die Beratung über einen Antrag des Landesvorstands Bremen obsolet: Der Bundesparteitag hätte dem Bundesvorstand die „Weisung“ erteilen sollen, „kein Parteiausschlussverfahren gegen Björn Höcke aufgrund der ‚Dresdner Rede‘ einzuleiten bzw. weiter zu verfolgen“.<sup>71</sup>

---

68 Rede von Dr. Alice Weidel zum 6. ordentlichen AfD-Bundesparteitag, <https://www.youtube.com/watch?v=czCWwHlkq9I>, abgerufen am 28.04.2017.

69 Richterämter für das AfD-Bundesschiedsgericht besetzt, in: AfD Kompakt v. 26.04.2017, <https://afdkompakt.de/2017/04/26/richteraemter-fuer-das-afd-bundesschiedsgericht-besetzt/>, abgerufen am 05.06.2017.

70 Neue Schiedsgericht-Mitglieder – Mögliche Folgen für Höcke, in: Die Welt v. 23.04.2017, <https://www.welt.de/regionales/thueringen/article163935280/Moegliche-Folgen-fuer-Hoecke.html>, abgerufen am 05.06.2017.

71 Alternative für Deutschland: Vorläufiges Antragsbuch zum Bundesparteitag in Köln 22. und 23. April 2017, [https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/04/1904\\_Antragsbuch-BPT-April-2017.pdf](https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/04/1904_Antragsbuch-BPT-April-2017.pdf), S. 202 f., abgerufen am 04.06.2017.

# 3. Programm zur Bundestagswahl 2017

Ungeachtet der Differenzen über die Strategie der Partei beschloss der Parteitag mit einer sehr breiten Mehrheit von 92,5 Prozent ein Wahlprogramm zur Bundestagswahl.<sup>72</sup> Über mehr als 130 Änderungsanträge hatte der Parteitag zuvor mehrere Stunden lang beraten.<sup>73</sup> Die gravierendste Änderung gegenüber dem Programmentwurf ist die Forderung, die Mehrwertsteuer um sieben Prozentpunkte zu senken – ohne dass eine detaillierte Gegenfinanzierung für die Steuerausfälle, deren Volumen bei dem Parteitag auf 50 bis 60 Milliarden Euro pro Jahr beziffert wurde, vorgelegt worden wäre.

Im ersten Kapitel mit der Überschrift „Die Verteidigung der Demokratie in Deutschland“ kommt eine fundamentaloppositionelle Haltung gegenüber den anderen Parteien deutlich zum Ausdruck. So heißt es dort: „Souverän in Deutschland ist eine kleine, machtvolle politische Oligarchie, die sich in den bestehenden politischen Parteien ausgebildet hat. Sie hat die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten. Es hat sich eine politische Klasse herausgebildet, deren vordringliches Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen gilt. Diese Oligarchie hat die Schalthebel der staatlichen Macht, der politischen Bildung und des informationellen und medialen Einflusses auf die Bevölkerung in den Händen.“<sup>74</sup>

Hierin offenbart sich die rechtspopulistische Verachtung der parlamentarischen Demokratie durch die AfD: Mit der Zuschreibung des deutschen Staates als „politische Oligarchie“ der „politischen Parteien“ wird tatsachenwidrig suggeriert, die AfD selbst sei im Unterschied zu allen anderen keine politische Partei im eigentlichen Sinne, obgleich sie aktuell in 13 Landesparlamente als politische Partei hineingewählt worden ist.

Die Flüchtlingsaufnahme wird zum Anlass genommen, der Großen Koalition verfassungswidriges Verhalten vorzuwerfen:

„Die stetigen Verletzungen der Prinzipien der deutschen Staatlichkeit gipfeln in der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung von CDU/CSU und SPD. Die Volksvertreter haben sich den grundgesetzlich garantierten Parlamentsvorbehalt für alle wichtigen Entscheidungen im Staat nehmen lassen und die über ihre Köpfe hinweg getroffenen rechts- und verfassungswidrigen Entscheidungen zur Zuwanderung klaglos hingenommen. Nur das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland kann durch das Mittel der unmittelbaren Demokratie diesen illegalen Zustand beenden.“<sup>75</sup>

72 Alternative für Deutschland: Programm für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017, [https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01\\_AfD-Bundestagswahlprogramm\\_Onlinefassung.pdf](https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf), abgerufen am 03.06.2017.

73 Alternative für Deutschland: Vorläufiges Antragsbuch zum Bundesparteitag in Köln 22. und 23. April 2017, [https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/04/1904\\_Antragbuch-BPT-April-2017.pdf](https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/04/1904_Antragbuch-BPT-April-2017.pdf), S. 25–195, abgerufen am 04.06.2017.

74 Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017, beschlossen auf dem Bundesparteitag in Köln am 22./23. April 2017, S. 8, <https://www.afd.de/wahlprogramm/>, abgerufen am 30.05.2017.

75 Ebd.

Damit inszeniert sich die AfD in rechtspopulistischer Manier als einzige politische Kraft, die mit dem „Mittel der unmittelbaren Demokratie“ das „Volk (...) wieder zum Souverän“ mache.<sup>76</sup> Laut Wahlprogramm soll dies u.a. durch Volksentscheide erreicht werden: „Die Einführung von Volksabstimmungen nach Schweizer Modell ist für die AfD deshalb nicht verhandelbarer Inhalt jeglicher Koalitionsvereinbarungen.“<sup>77</sup>

Des Weiteren lehnt die AfD „Geschlechterquoten“ und „Antidiskriminierungsgesetze“ ab.<sup>78</sup>

Die im Wahlprogramm abgelehnte „Geschlechterquote“ bezieht sich auf die sogenannte Frauenquote, die einen prozentualen Frauenanteil für bestimmte Unternehmen vorschreibt und die Chancengleichheit für Frauen auf dem Arbeitsmarkt verbessern soll. In Deutschland wurde am 27. März 2015 ein Gesetz über die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst vom Bundesrat gebilligt. Laut AfD-Wahlprogramm stelle dies „eine gesetzlich vorgeschriebene Ungleichbehandlung“ dar: „Gesetze, die solches vorschreiben, sind verfassungswidrig und abzulehnen. Die AfD wird sich im Deutschen Bundestag für ihre Aufhebung einsetzen.“<sup>79</sup>

So verkehrt die AfD gesellschaftlich errungene Handlungsansätze zum Abbau einer strukturellen Benachteiligung von Frauen in ihr Gegenteil, indem die angestrebte Wiederabschaffung von Gleichstellungsinitiativen als Akt von „Gleichberechtigung“ zu verkaufen versucht wird.

Nach gleichem Muster verfährt die AfD in ihrem Wahlprogramm mit dem Antidiskriminierungsgesetz. Damit ist das „Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz“ vom 14. August 2006 gemeint,<sup>80</sup> ein deutsches Bundesgesetz, das „Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität verhindern und beseitigen soll“.<sup>81</sup> Zur Verwirklichung dieses Ziels erhalten die durch das Gesetz geschützten Personen Rechtsansprüche gegen Arbeitgeber und Private, wenn diese ihnen gegenüber gegen die gesetzlichen Diskriminierungsverbote verstoßen. Diese gesellschaftlich errungene Initiative zur Beseitigung von Diskriminierung wird von der

---

76 Ebd.

77 Ebd., S. 9.

78 Ebd., S. 12.

79 Ebd.

80 Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG), <https://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/agg/gesamt.pdf>, abgerufen am 10.06.2017.

81 Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017, beschlossen auf dem Bundesparteitag in Köln am 22./23. April 2017, S. 12, <https://www.afd.de/wahlprogramm/>, abgerufen am 30.05.2017.

AfD als Einschränkung privater Rechtsverhältnisse bewertet: „In einer freiheitlichen Grundordnung ist der Staat in seinem Handeln gegenüber dem Bürger der Pflicht zur Gleichbehandlung unterworfen, der Bürger selbst jedoch ist in der Gestaltung seiner privaten Rechtsverhältnisse frei.“<sup>82</sup> Die durch das Gesetz angestrebte Unterbindung diskriminierender Handlungen im Arbeits- und Privatrecht wird als freiheitsbeschädigend herabgewürdigt. In Verkehrung der Inhalte wird diese Antidiskriminierungsinitiative sogar als Schritt hin zu einer totalitären Gesellschaftsordnung verklärt: „Eine Aufhebung dieser Trennung zwischen Staat und Gesellschaft beschädigt die freiheitliche Natur der Rechtsordnung und öffnet die Tür für eine in letzter Konsequenz totalitäre Herrschaftsordnung. Die AfD wird sich im Deutschen Bundestag gegen diese Entwicklung und für die Bewahrung einer freiheitlichen Privatrechtsordnung einsetzen.“

Die Überschrift des zweiten Kapitels lautet „Der EURO ist gescheitert: Währung, Geld- und Finanzpolitik“. Schon quantitativ zeigt sich, wie sehr das Euro- und EU-Thema – immerhin zu Gründungszeiten der AfD ihr Top-Thema – im Verhältnis zu den rechten Kulturkampfthemen Einwanderung, Identität, Islam und Gender an Bedeutung verloren hat: Ganze zweieinhalb Seiten sind diesem Kapitel gewidmet. Dort wird gefordert, dass „Deutschland die Transferunion aufkündigen und den Euroraum verlassen“ solle.<sup>83</sup> Ein „D-Exit“ wird nicht explizit gefordert, sondern als möglicher Schritt in Aussicht gestellt.<sup>84</sup> Ansonsten fordert die AfD in diesem Kapitel die Beibehaltung der Bargeldzahlung und die Wiedereinführung der „D-Mark“.<sup>85</sup>

Kapitel 3 steht unter der Überschrift „Außen- und Sicherheitspolitik: Deutsche Interessen durchsetzen“. In diesem Kapitel tritt die AfD für eine Nationalisierung der Außen- und Sicherheitspolitik ein. So wird gefordert: „Die Landesverteidigung ist durch die europäischen Staaten weitgehend eigenständig zu gewährleisten. Die Schaffung einer EU-Armee oder den Einsatz deutscher Streitkräfte für fremde Interessen lehnt die AfD ab.“<sup>86</sup> Außenpolitisch strebt die AfD eine vertiefende Zusammenarbeit mit Russland an und „tritt für die Beendigung der Sanktionspolitik ein.“<sup>87</sup> Die Zusammenarbeit mit der Türkei hingegen wird aus „kulturellen“ Gründen abgelehnt: „Die Türkei gehört kulturell nicht zu Europa.“<sup>88</sup>

Innenpolitisch fordert die AfD die „Wiedereinsetzung der Wehrpflicht“<sup>89</sup> und den Aufbau eines „deutschen Grenzschutz(es)“.<sup>90</sup>

---

82 Ebd., S. 12.

83 Ebd., S. 14.

84 Ebd., S. 15.

85 Ebd., S. 16.

86 Ebd., S. 18.

87 Ebd.

88 Ebd.

89 Ebd.

90 Ebd., S. 20.

Um „deutsche Unternehmen gegen unsichere Rechtsverhältnisse absichern“ lehnt die AfD „CETA, TISA und TTIP ab“.<sup>91</sup>

Im vierten Kapitel zur inneren Sicherheit geht es hauptsächlich um eines der zentralen AfD-Propagandathemen, die „Ausländerkriminalität“. Unter Kap. 4.1 „Wirksame Bekämpfung der Ausländerkriminalität“ fordert die AfD eine jährliche Mindest-Abschiebequote sowie die Abschiebung kriminell gewordener Migrantinnen und Migranten und spricht sich gegen jeglichen Familiennachzug aus. Auch Ausbürgerungen sollen unter bestimmten Voraussetzungen durchgeführt werden. So heißt es dort:

„In folgenden Fällen soll eine Rücknahme der Einbürgerung erfolgen: bei erheblicher Kriminalität innerhalb von zehn Jahren nach erfolgter Einbürgerung bei Mitwirkung in Terrororganisationen (z.B. IS), bei Zugehörigkeit zu kriminellen Clans und zwar auch dann, wenn die Rücknahme der Einbürgerung zur Staatenlosigkeit führt. Hierzu ist Art. 16 Abs. 1 GG entsprechend zu ändern.“<sup>92</sup>

Diese Forderung ist in doppelter Hinsicht bemerkenswert: Erstens offenbart sie das völkische Staatsbürgerschaftsverständnis der AfD. Denn ausgebürgert werden kann nur jemand, der Deutsche oder Deutscher ist – die Forderung steht jedoch unter dem Kapitel „Ausländerkriminalität“. Dies bedeutet: Nach Ansicht der AfD gilt auch eine eingebürgerte deutsche Staatsbürgerin bzw. ein eingebürgerter deutscher Staatsbürger weiterhin als „Ausländerin“ bzw. „Ausländer“. Zweitens ist diese Forderung grundgesetzwidrig, weshalb die AfD folgelogisch auch das Grundgesetz dahingehend verändern will. Ausbürgerung missliebiger eigener Staatsbürgerinnen und Staatsbürger war Praxis zur Zeit der NS-Herrschaft gewesen.

Im Jugendstrafrecht fordert die AfD Verschärfungen in Form der Absenkung des Strafmündigkeitsalters auf zwölf Jahre und die unbedingte Anwendung des Erwachsenenstrafrechts mit dem Erreichen der Volljährigkeit.<sup>93</sup>

Das fünfte Kapitel ist der Asyl- und Zuwanderungspolitik gewidmet und steht unter dem Motto „Asyl braucht Grenzen“. Es kann als das Kernthema der AfD gedeutet werden und offenbart deren Prägung als rechte Anti-Einwanderungspartei mit völkisch-nationalistischen Anschauungen. So heißt es dort: „Jeder Migrant oder Einwanderer, dem wir ein dauerhaftes Bleiberecht zugestehen, hat eine Bringschuld, sich seiner neuen Heimat und der deutschen Leitkultur anzupassen, nicht umgekehrt.“<sup>94</sup> Obwohl laut Grundgesetz niemand zur „Assimilation“ gezwungen werden kann, wird gefordert: „Die deutsche

---

91 Ebd., S. 21.

92 Ebd., S. 23.

93 Ebd., S. 24.

94 Ebd., S. 32.

Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung darf nur derjenige erhalten, an dessen dauerhaft erfolgreicher Assimilation und Loyalität zu seiner neuen Heimat keine Zweifel bestehen.“<sup>95</sup> Wie eine solche Loyalität gemessen werden soll, bleibt ebenso unklar wie die Messbarkeit von erfolgter Assimilierung.

Hinsichtlich der Zuwanderung sollen „umgehend“ die Grenzen zur Beendigung der „ungeregelte(n) Massenimmigration“ geschlossen werden. Die AfD fordert „über mehrere Jahre diesbezüglich eine Minuszwanderung“.<sup>96</sup>

Die seit dem Jahr 2000 in Kraft getretene Modernisierung des Staatsbürgerschaftsrechts soll rückgängig gemacht werden. Die AfD fordert die Rückkehr zum Abstammungsprinzip: „Das Geburtsortsprinzip (Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit allein durch Geburt in Deutschland, auch wenn kein Elternteil Deutscher ist) wollen wir wieder aus dem Gesetz streichen und zum Abstammungsprinzip, wie es bis zum Jahr 2000 galt, zurückkehren. Die doppelte Staatsbürgerschaft soll auf wohlbegründete Sonderfälle beschränkt werden.“<sup>97</sup>

Das sechste Kapitel ist der Auseinandersetzung mit dem Islam gewidmet und offenbart sich bei näherer Betrachtung als rechte Kampfansage an muslimische Gläubige: „Der Islam gehört nicht zu Deutschland“ lautet der erste Satz dieses Kapitels.<sup>98</sup> Bar jeglichen Belegs wird behauptet: „Ein Islam, der unsere Rechtsordnung nicht respektiert oder sogar bekämpft und einen Herrschaftsanspruch als alleingültige Religion erhebt, ist mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung Deutschlands nicht vereinbar.“<sup>99</sup> Ebenfalls ohne Beleg wird behauptet: „Minarett und Muezzin-Ruf stehen im Widerspruch zu einem toleranten Nebeneinander der Religionen, das die christlichen Kirchen, jüdischen Gemeinden und andere religiöse Gemeinschaften in der Moderne praktizieren.“<sup>100</sup> Den Muezzin-Ruf diffamiert die AfD gar als „religiösen Imperialismus“.<sup>101</sup> In Widerspruch zum im Grundgesetz verankerten Recht auf freie Religionsausübung steht die Ablehnung, „islamischen Organisationen den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zu verleihen“.<sup>102</sup>

---

95 Ebd.

96 Ebd., S. 29.

97 Ebd.

98 Ebd., S. 34.

99 Ebd. Die Wortwahl ist hier – wie an vielen weiteren Stellen auch – doppeldeutig. Sie kann auch so ausgelegt werden, dass damit nur Bestrebungen gemeint sind, die den Rechtsstaat bekämpfen. Eine Ablehnung solcher Bestrebungen wäre allerdings eine Allgemeinplatz und nicht besonderer Erwähnung nötig.

100 Ebd.

101 Ebd.

102 Ebd.

Im siebten Kapitel zur „Familienförderung und Bevölkerungsentwicklung“ wird eine „Willkommenskultur für Kinder“ gefordert. In dieser Forderung<sup>103</sup> offenbart sich bei näherer Betrachtung deren völkischer Kern: „Die dramatische Zunahme der Ehe- und Kinderlosigkeit und das Verschwinden normaler mittelgroßer Familien – von den etablierten Parteien längst als alternativlos hingenommen – sorgen für eine Schrumpfung unserer angestammten Bevölkerung um mehr als 250.000 Personen pro Jahr, mit stark steigender Tendenz.“<sup>104</sup> Die Wortwahl „unsere angestammte Bevölkerung“ verweist auf die gewollte Trennung zwischen angestammten und zugewanderten Bevölkerungsteilen, wobei Letztere in völkischem Impetus als Bedrohung inszeniert werden: „Die AfD stemmt sich gegen diesen Trend zur Selbstabschaffung und will Deutschlands Gesellschaft von Grund auf familien- und kinderfreundlicher gestalten. Wir wollen das Land unserer Väter und Mütter nicht irgendjemandem hinterlassen, der dieses Erbe verschleudert oder ausplündert, sondern unseren Nachkommen, denen wir unsere Werte vorgelebt und mitgegeben haben.“<sup>105</sup> „Deutschland nicht abschaffen“ fordert die AfD und dazu sollen „Ehe und Familie“ gestärkt werden. Dies soll u. a. durch Änderung des Scheidungsrechts erreicht werden: „Schwerwiegendes Fehlverhalten gegen die eheliche Solidarität muss bei den Scheidungsfolgen wieder berücksichtigt werden.“<sup>106</sup> Die geforderte Wiedereinführung des sogenannten Schuldprinzips im Scheidungsrecht widerspricht diametral emanzipativen und feministischen Grundsätzen und steht im Gegensatz zu den Anfeindungen, die im Wahlprogramm gegenüber den Muslimen geäußert werden, denen frauenfeindliche Einstellungen vorgeworfen werden. Hingegen fordert die AfD die Stärkung der Väterrechte<sup>107</sup> sowie den „Schutz des ungeborenen Lebens“.<sup>108</sup> In einem eigenen Unterkapitel fordert die AfD „ein klares Familienbild“, zu welchem sie die Ehe zwischen Mann und Frau definiert. Die „Gender-Ideologie“ wird als „verfassungsfeindlich“ gebrandmarkt. Auch die Begründung hierzu offenbart ein frauen- und emanzipationsfeindliches Weltbild: „Gender-Ideologie marginalisiert naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern und stellt geschlechtliche Identität in Frage. Sie will die klassische Familie als Lebensmodell und Rollenbild abschaffen. Damit steht sie in klarem Widerspruch zum Grundgesetz, das die (klassisch verstandene) Ehe und Familie als staatstragendes Institut schützt, weil nur dieses das Staatsvolk als Träger der Souveränität hervorbringen kann.“<sup>109</sup> Folglich werden

103 Die Begriffsumdeutung bezieht sich auf die von der AfD abgelehnte Willkommenskultur gegenüber geflüchteten Menschen. Auf der Website der Patriotischen Plattform der AfD lautet es hierzu: „Willkommenspropaganda ist die schlimmste Volksverhetzung!“, [https://www.facebook.com/PatriotischePlattform/?hc\\_ref=PAGES\\_TIMELINE](https://www.facebook.com/PatriotischePlattform/?hc_ref=PAGES_TIMELINE), abgerufen am 02.06.2017.

104 Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017, beschlossen auf dem Bundesparteitag in Köln am 22./23. April 2017, S. 37, <https://www.afd.de/wahlprogramm/>, abgerufen am 30.05.2017.

105 Ebd.

106 Ebd., S. 38.

107 Ebd.

108 Ebd., S. 39.

109 Ebd., S. 40.

Bestrebungen abgelehnt, „diese Ideologie durch Instrumente wie Gender-Studies, Quotenregelungen z. B. für Frauen, Propagandaaktionen wie den ‚Equal Pay Day‘ oder die ‚geschlechterneutrale Sprache‘ umzusetzen“.<sup>110</sup> Die Gender-Forschung an Hochschulen will die AfD durch Streichung von Mitteln und Abschaffung von Professuren unterbinden. Ebenfalls sollen Gleichberechtigungsbeauftragte an Universitäten abgeschafft werden.<sup>111</sup> Mit dem Slogan „Frühsexualisierung stoppen“ wird eine Sexualpädagogik der Vielfalt in Schulen abgelehnt mit dem Vorwurf, sie fördere „einseitige Hervorhebung der Homo- und Transsexualität“. Eine solche Sexualaufklärung zielt, so die Unterstellung, „durch staatlich geförderte Umerziehungsprogramme in Kindergärten und Schulen“ darauf, „das bewährte, traditionelle Familienbild zu beseitigen“.<sup>112</sup>

Im achten Kapitel zum Thema „Schule und Bildung“ fordert die AfD die Beibehaltung des mehrgliedrigen Schulsystems und den Erhalt von Förder- und Sonderschulen. Einen bekenntnisgebundenen Religionsunterricht für Muslime lehnt die AfD ab.<sup>113</sup>

Im neunten Kapitel zu „Kultur und Medien“ bekennt sich die AfD „zur deutschen Leitkultur“. Eine sogenannte „Ideologie des ‚Multikulturalismus‘“ wird abgelehnt: „‚Multi-Kultur‘ ist Nicht-Kultur oder Parallelität von Kulturen und damit Ausdruck von Parallelgesellschaften, die stets zu innenpolitischen Konflikten und zur Funktionsunfähigkeit von Staaten führen.“ Die AfD wähnt sich hierbei in einem angeblich „in Europa bereits stattfindende(n) Kulturkampf zwischen Abendland und dem Islam als Heilslehre und Träger von nicht integrierbaren kulturellen Traditionen und Rechtsgeboten“. Deshalb lautet es dort weiter: „Die AfD wird nicht zulassen, dass Deutschland aus falsch verstandener Toleranz sein kulturelles Gesicht verliert.“<sup>114</sup> Zwar soll die „deutsche Sprache als Zentrum unserer Identität“ geschützt werden – „politisch korrekte“ Sprachvorgaben lehnt die AfD jedoch mit der Begründung ab, diese würden „einer natürlichen Sprachentwicklung entgegenstehen und die Meinungsfreiheit einengen“.<sup>115</sup>

Bestätigt fühlen könnte sich der Thüringer AfD-Vorsitzende Björn Höcke, mit seiner berüchtigten Dresdener Rede<sup>116</sup>, durch die programmatischen AfD-Forderungen nach Beseitigung von „ideologiebesetzte(n) kulturpolitische(n) Vorgaben des Staates“. Dort heißt es: „Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung

---

110 Ebd.

111 Ebd.

112 Ebd.

113 Ebd., S. 43–45.

114 Ebd., S. 47.

115 Ebd.

116 Höcke forderte dort eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“, <https://www.youtube.com/watch?v=WWWwy4cYRFIs>, abgerufen am 10.05.2017.



aufzubrechen, die auch die positiv identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst.“<sup>117</sup>

Medienpolitisch fordert die AfD die „Abschaffung des Rundfunkbeitrags und die Errichtung eines inhaltlich nicht näher beschriebenen „Bürgerrundfunks“: „Der neue Bürgerrundfunk soll ein schlankes Medium sein, welches sich auf objektive Berichterstattung sowie kulturelle und bildende Inhalte fokussiert. Das Angebot wird überwiegend verschlüsselt/passwortgeschützt, sodass nur noch freiwillige Zahler Zugang haben.“<sup>118</sup>

Im zehnten Kapitel zu „Steuern und Finanzen, Wirtschaft und Arbeit“ werden u. a. eine „Reduzierung der Steuer- und Abgabenquote“, eine „mittelstandsfreundliche Wirtschaftspolitik“ und eine „Abschaffung der Erbschaftssteuer“ gefordert.<sup>119</sup> Solche neoliberalen Forderungen werden kontrastiert mit der Forderung nach einem Mindestlohn sowie nach einer gesetzlichen „Obergrenze von 15 Prozent Beschäftigten mit Leih- oder Werkverträgen in Unternehmen“. Für Langzeitarbeitslose soll eine gemeinnützige „Bürgerarbeit“ eingeführt werden.<sup>120</sup> In ordoliberaler Tradition wird der Buchtitel von Ludwig Erhards „Wohlstand für alle“ aufgegriffen, und entsprechend werden Forderungen nach Verschlankung des Staates, Abbau von Subventionen, Förderung von Unternehmergeist und Einführung einer Steuer-/Abgabenobergrenze erhoben.<sup>121</sup> Zudem fordert die AfD „die Absenkung der allgemeinen Mehrwertsteuer um 7 Prozentpunkte“<sup>122</sup>, was zu einer erheblichen Einbuße im Staatshaushalt führen würde.

Das elfte Kapitel ist der Sozialpolitik gewidmet. Die Formulierungen dort weisen inhaltlich eine frappierende Nähe zur NPD-Parole „Sozial geht nur national“ auf. So heißt es im AfD-Wahlprogramm: „Unser Sozialstaat kann nur erhalten bleiben, wenn die geforderte finanzielle Solidarität innerhalb einer klar definierten und begrenzten Gemeinschaft erbracht wird. Eine Auflösung des Nationalstaats führt unweigerlich zur Gefährdung unserer gewohnten sozialstaatlichen Errungenschaften.“ Zudem wird die Sozialpolitik direkt in Zusammenhang gesetzt mit dem Zuwanderungsthema: „Unsere begrenzten Mittel stehen deshalb nicht für eine unverantwortliche Zuwanderungspolitik, wie sie sich kein anderes europäisches Land zumutet, zur Verfügung.“<sup>123</sup>

---

117 Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017, beschlossen auf dem Bundesparteitag in Köln am 22./23. April 2017, S. 47, <https://www.afd.de/wahlprogramm/>, abgerufen am 30.05.2017.

118 Ebd., S. 48.

119 Ebd., S. 50–51.

120 Ebd., S. 52.

121 Ebd., S. 53.

122 Ebd., S. 50.

123 Ebd., S. 56.

Genauso verfährt die AfD beim Thema Gesundheit im zwölften Kapitel: „Die von den Kassen zu tragenden Kosten für Migranten, Flüchtlinge und Asylbewerber laufen aus dem Ruder“ heißt es dort. Gefordert wird zudem, das deutsch-türkische Sozialversicherungsabkommen abzuschaffen. Es „benachteiligt einheimische Versicherte. Deshalb wollen wir es kündigen und auf der Basis europäischer Sozialversicherungsabkommen neu verhandeln“.

Im 13. Kapitel zu „Energie und Klima“ wird der von Menschen verursachte Klimawandel, wie ihn der Weltklimarat der UNO (IPCC) festgestellt hat, als „wissenschaftlich nicht gesichert“ dargestellt. In einer Traditionslinie mit Donald Trump wird eine Aufkündigung des Pariser Klimaabkommens gefordert: „Deutschland soll aus allen staatlichen und privaten ‚Klimaschutz‘-Organisationen austreten und ihnen jede Unterstützung entziehen.“<sup>124</sup> Die „bestehenden Kernkraftwerke“ sollen laut AfD-Programm „nicht vor Ende ihrer Nutzungsdauer außer Betrieb“ genommen werden.<sup>125</sup>

Kapitel 14 ist Verkehr und Wohnungsbau gewidmet. Die AfD wendet sich dort „gegen ein flächendeckendes Tempolimit und erfolglose Umweltzonen“. Wohnungsbaupolitisch wird eine Mietpreisbremse als „planwirtschaftlich(er) Eingriff“ abgelehnt. Gefordert wird die Senkung der Grund- und Grunderwerbsteuer.<sup>126</sup>

Im 15. Kapitel zu „Umwelt-, Natur- und Tierschutz, Verbraucherschutz und Landwirtschaft“ wird die Forderung nach einem Stopp des Ausbaus der Windenergie erhoben. Zudem wird eine „Renationalisierung des Verbraucherschutzes“ gefordert. Zum Thema Tierschutz erklärt die AfD: „Den Handel, die Bewerbung und die Einfuhr von Fleisch aus tierquälerischer Schlachtung (Schächten) lehnt die AfD ab.“<sup>127</sup> Diese Forderung wendet sich im Kern gegen islamische und jüdische Religionsgebote.

Das AfD-Wahlprogramm soll die gesamte Wählerinnen- und Wählerklientel in der von der AfD in ihrem Strategiepapier beschriebenen Breite ansprechen. Leicht gelingt dies bei Anti-Euro-Wählerinnen und -Wählern, den von der AfD so beschriebenen „bürgerlichen Wählern mit liberal-konservativer Werteorientierung“, Protest- und (bisherigen) Nichtwählerinnen und -wählern. Sie werden mit Aussagen angesprochen, die schon bisher zum Kanon der AfD zählten:

- für eine Nationalisierung der Außen- und Sicherheitspolitik,
- gegen den „gescheiterten“ Euro und die EU in ihrer jetzigen Gestalt,
- gegen die Flüchtlingspolitik von Union und SPD,

---

124 Ebd., S. 65.

125 Ebd., S. 66.

126 Ebd., S. 69.

127 Ebd., S. 73.

- für die Rückkehr zu einem antiquierten Familienbild,
- gegen „Geschlechterquoten“, „Frühsexualisierung“, Antidiskriminierungsgesetze und „Gender-Ideologie“,
- für die Warnung vor der „Abschaffung“ Deutschlands und für eine „deutsche Leitkultur“, gegen eine „Ideologie des ‚Multikulturalismus‘“,
- für die Darstellung des Islam als nicht zu Deutschland gehörend,
- gegen „Ausländerkriminalität“,
- für eine „Assimilation“ statt Integration,
- für das Abstammungsprinzip im Staatsbürgerschaftsrecht und gegen eine doppelte Staatsbürgerschaft,
- für die Ablehnung der Klimaschutzpolitik.

Dabei nahm der Kölner Parteitag eine kosmetische Abschwächung gegenüber dem Entwurf der Programmkommission vor. Hatten die Autorinnen und Autoren des Entwurfs noch „Wiederherstellung der Demokratie in Deutschland“ als Überschrift des einleitenden Kapitels gewählt, lautet die Überschrift nun: „Verteidigung der Demokratie in Deutschland“. <sup>128</sup> Parteiintern und in der Öffentlichkeit war moniert worden, dass mit der Verwendung des Begriffs „Wiederherstellung“ suggeriert werde, dass die Demokratie in Deutschland abgeschafft sei. <sup>129</sup> „Das ist, trotz der erheblichen Demokratiedefizite, die vollkommen zu Recht im Programmentwurf kritisiert und offengelegt werden, aber nicht der Fall“, hatten die Antragstellerinnen und Antragsteller aus den Reihen der „Jungen Alternative“, die für eine Änderung der Kapitelüberschrift plädierten, in ihrer Begründung geschrieben. „Es besteht noch immer ein qualitativer Unterschied zwischen den politischen Verhältnissen in Deutschland und Staaten wie der Türkei oder Saudi-Arabien.“ Der Begriff der „Verteidigung“ statt der „Wiederherstellung“ sei „auch in der Öffentlichkeit weniger angreifbar“.

Auf der anderen Seite radikalisierte der Parteitag aber auch einige Aussagen, verglichen mit dem Grundsatzprogramm. Dazu zählen das Verlangen nach einer „Minuszuwanderung“, die Inkaufnahme, dass die Rücknahme einer Einbürgerung auch zu einer „Staatenlosigkeit“ führen kann, sowie eine Verschärfung des Scheidungsrechts, demzufolge „schwerwiegendes Fehlverhalten gegen die eheliche Solidarität [...] bei den Scheidungsfolgen wieder berücksichtigt werden“ muss.

Von ihrer bisherigen Programmatik weicht die AfD auch in den Aussagen zu ihrer Steuerpolitik ab. Konkret bei der Mehrwertsteuer. Im Grundsatzprogramm hieß es noch zu diesem Thema: „Die AfD will die Umsatzsteuersätze im deutschen Steuerrecht

<sup>128</sup> Ebd., S. 6.

<sup>129</sup> Alternative für Deutschland: Vorläufiges Antragsbuch zum Bundesparteitag in Köln 22. und 23. April 2017, S. 26, [https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/04/1904\\_Antragbuch-BPT-April-2017.pdf](https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/04/1904_Antragbuch-BPT-April-2017.pdf), abgerufen am 04.06.2017.

harmonisieren. Umsatzsteuerbefreiungen und Ermäßigungen sollte es nur im Bereich der Daseinsvorsorge geben.“<sup>130</sup> Damit vermied die Partei eine Festlegung auf einen konkreten Steuersatz. Auch im Entwurf des Wahlprogramms blieb die AfD im Unbestimmten. Aussagen zur Mehrwertsteuer fanden sich dort überhaupt nicht. Im beschlossenen Wahlprogramm fordert die AfD jedoch nun die „Absenkung der allgemeinen Mehrwertsteuer um sieben Prozentpunkte“<sup>131</sup> – freilich ohne ein Modell zur Gegenfinanzierung der Steuerausfälle vorzulegen, deren Volumen in Köln auf 50 bis 60 Milliarden Euro jährlich beziffert wurde. Nach einer zweiminütigen „Diskussion“ votierte eine deutliche Mehrheit der Delegierten für die Steuersenkung. Sie ließ sich auch vom einzigen Contra-Redner nicht davon abhalten. Er hatte auf das Fehlen eines Finanzierungsvorschlags hingewiesen und gesagt, es sei „das Kennzeichen von Populisten, dass man allen alles verspricht. Wenn Sie das beschließen, dann haben Sie sich entschieden, Populisten zu sein.“<sup>132</sup>

---

130 Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, S. 75, [https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/01/2016-06-27\\_afd-grundsatzprogramm\\_web-version.pdf](https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/01/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf), abgerufen am 13.06.2017.

131 Ebd., S. 50.

132 phoenix: Der 2. Tag des Bundesparteitags der AfD v. 23.04.17, v. 24.04.2017, <https://www.youtube.com/watch?v=tknpjOhr4U>, abgerufen am 03.06.2017.

# 4. Politik für „die kleinen Leute“?

## 4.1 Das Wahlprogramm und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als politische Zielgruppe finden sich im AfD-Wahlprogramm einige Aussagen:

- ein Bekenntnis zum gesetzlichen Mindestlohn,
- ein Plädoyer für eine „gesetzliche Obergrenze von 15 Prozent Beschäftigte mit Leih- oder Werkverträgen in Unternehmen“, verbunden mit der Forderung, Leiharbeit müsse „nach einer sechsmonatigen Beschäftigungszeit einer festen Anstellung gleichgestellt werden“,
- eine „gestaffelte längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld 1 in Abhängigkeit der Dauer der Vorbeschäftigung“ und eine Erhöhung des Selbstbehalts bei der Berechnung von Arbeitslosengeld 2,
- im Gesundheitsbereich eine Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Krankenversicherungsbeiträge.

Dabei fällt auf, dass die AfD eine Reihe wichtiger Fragen unbeantwortet lässt. Dazu gehört etwa die nach der Höhe eines Mindestlohnes oder im Bereich der Gesundheitspolitik die zur angepeilten Beitragshöhe oder zur Frage, welche Leistungen aus diesen Beiträgen finanziert werden sollten. Ähnlich verfährt die Partei in ihren Aussagen zur Rentenpolitik. Welches Niveau die gesetzliche Rente, gemessen am vorherigen Einkommen, haben soll, sagt die AfD nicht. Auch eine Aussage zur Frage, welches Niveau der Beiträge ihr akzeptabel erscheint, vermeidet die AfD. Auf ein festes Renteneintrittsalter will die Partei verzichten. Stattdessen heißt es im Programm: „Bei einer Lebensarbeitszeit von bis zu 45 Jahren soll künftig der Rentenanspruch abschlagsfrei gegeben sein.“<sup>133</sup>

Die AfD nutzt Renten- wie Gesundheitspolitik, ganz in der Logik ihres Strategiepapiers, um Fronten zwischen „Deutschen“ und Migrantinnen bzw. Migranten aufzubauen. Zur Rentenpolitik heißt es, die derzeit für die Migrationspolitik „mobilisierten jährlichen Milliardenbeträge, mit steigender Tendenz für die Zukunft, müssen in die Stabilisierung der Alterssicherung der deutschen Bevölkerung umgelenkt werden“. Zur Gesundheitspolitik erklärt die AfD: „Die Finanzierung unseres Gesundheitswesens wird durch allgemeine politische Fehlentwicklungen bedroht: Die von den Kassen zu tragenden Kosten für Migranten, Flüchtlinge und Asylbewerber laufen aus dem Ruder (...).“

---

<sup>133</sup> Der Vorschlag der AfD, die Rente vom Erreichen einer Lebensarbeitszeit abhängig zu machen, entpuppt sich beim genaueren Hinsehen als massive Rentenkürzung für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Selbst wenn die 45 Jahre großzügig gezählt würden, hätten 55 Prozent die 45 Jahre bis zum 65. Lebensjahr nicht voll. 40 Prozent müssten sogar über 70 hinaus arbeiten. S. <http://www.dgb.de/themen/++co++60b8391a-25d0-11e7-8bd1-525400e5a74a>, abgerufen am 22.06.2017.

Das Aufbauen solcher Fronten zwischen „Deutschen“ und Migrantinnen bzw. Migranten war bereits im Strategiepapier empfohlen worden. Dort hieß es: Wo es nicht so einfach sei, etwaige Differenzen im Hintergrund zu lassen und das Gemeinsame der AfD-Wählerinnen- bzw. Wählerschaft zu betonen, „müssen Querverbindungen zwischen den Kernthemen und den möglicherweise spalterisch wirkenden Themen gezogen werden“. Zum Beispiel müsse gezeigt werden, dass die sozialen Sicherungssysteme von den Zuwanderern stark beansprucht würden. Die „linken Parteien“ hätten auf die „gerade bei den ‚kleinen Leuten‘ populäre Position keine Antwort“: dass diejenigen, „die in Deutschland seit Jahren leben und ihren Beitrag für die Stabilität und Solidität unseres Landes leisten, Vorrang vor Neuankömmlingen und Trittbrettfahrern genießen“.

Die AfD hat ein Programm vorgelegt, das im Sinne ihrer Zielgruppenansprache, die sie in ihrem Strategiepapier skizzierte, die bisher üblichen Elemente ihrer Propaganda (gegen „Eliten“, „Altparteien“, Migranten, Islam und für die „klassische“ Familie) mit einzelnen Elementen einer sozialpopulistischen Argumentation verbindet. Im Ergebnis stehen wirtschaftsliberale Argumentationsweisen häufig unverbunden neben einzelnen Forderungen, die sie als eine für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wählbare Partei ausweisen sollen. Dabei wirkt die vermeintliche Hinwendung zum Sozialen wie ein Versuch, neue Themen zu besetzen, teils mit Formulierungen, die sogar gewerkschaftlichem Sprachgebrauch entliehen sind, teils mit schlicht populistischen Worthülsen – jedoch bleibt die im Kern neoliberale Grundausrichtung unberührt.

## 4.2 Rechter Sozialpopulismus

Unter rechtem Sozialpopulismus verstehen wir eine Agitationsform, die unter rechten Grundannahmen die selektive Aufnahme sozial- und wirtschaftspolitischer Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerinteressen beinhaltet. D. h.: Mit sozialpopulistischer Ansprache sollen Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerschichten mobilisiert und ihnen zugleich rechte Weltbilder und ordoliberaler Wirtschaftspolitiken schmackhaft gemacht werden. Rechter Sozialpopulismus beinhaltet demnach die Instrumentalisierung der Empörung über soziale und ökonomische Ungerechtigkeitsverhältnisse zur Propaganda für völkisch-nationalistische Politikansätze.

Bekanntnisse zu solcherart Populismus waren bereits im AfD-Strategiepapier zu finden. Dort wurde zudem der Verzicht auf (zu) detaillierte Aussagen empfohlen: „Es geht weiterhin für den Wahlerfolg der AfD nicht darum, zu den zentralen Themen differenzierte Ausarbeitungen und technisch anspruchsvolle Lösungsmodelle vorzulegen und zu verbreiten, die nur Spezialisten aus der politischen Klasse interessieren, die Wähler aber

überfordern.“<sup>134</sup> Es sei „wichtiger, den Finger in die Wunde der Altparteien zu legen, als sich in einer Expertendiskussion um Lösungsvorschläge zu verheddern“.

Es war der brandenburgische AfD-Landesvorsitzende Alexander Gauland gewesen, der nach den ersten Wahlerfolgen in den ostdeutschen Bundesländern die AfD zur „Partei der kleinen Leute“<sup>135</sup> auserkor. Gauland erkannte den propagandistischen Nutzen sozialpopulistischer Inszenierungen von rechts und plädierte für eine Abgrenzung zum früheren offen neoliberalen Lucke/Henkel-Kurs: So änderte die Partei ihr früher ablehnendes Verhältnis beispielsweise zum Mindestlohn. Bestätigt fühlen konnte sich Gauland durch die Wahlergebnisse, die die AfD sowohl in Ost- wie auch in Westdeutschland erzielte: In Hamburg war die Partei nicht hauptsächlich in den Quartieren mit „besserverdienender“ Wählerschaft erfolgreich, sondern eher in als sozial schwach geltenden Stadtteilen; in Sachsen-Anhalt wurden überdurchschnittliche Ergebnisse in industriell geprägten Regionen erzielt; und in Baden-Württemberg gewann seine AfD ihre beiden Direktmandate in Mannheim und Pforzheim, zwei Industriestädten mit früher SPD-dominierten Wahlkreisen. Kurze Zeit nach der Wahl in Baden-Württemberg erklärte Gauland im Gespräch mit der Stuttgarter Zeitung: „Die AfD darf nicht die Menschen am unteren Ende der sozialen Skala allein lassen.“<sup>136</sup> Seine Partei müsse „versuchen, soviel soziale Gerechtigkeit wie möglich umzusetzen“. Hierbei scheint Gauland sich zugleich an rechtspopulistischen Vorbildern in anderen Ländern zu orientieren. Egal ob Donald Trump in den USA, Marine Le Pen in Frankreich oder Geert Wilders in den Niederlanden: Sie alle setzten in ihren Wahlkämpfen der letzten Monate auch auf Arbeitslose, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Rentnerinnen und Rentner. Die österreichische FPÖ nennt sich gar in ihrem Untertitel „Die soziale Heimatpartei“. Bestätigt fühlen können sich nun die, die in der AfD stärker auf die Zielgruppe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer setzen wollen.

Auch in internen Diskussionen betonen AfD-Strateginnen und Strategen die Gefahr, als neoliberal kenntliche Partei Einbußen in traditionellen Wählerlagern der Arbeiterinnen- und Arbeiterschaft zu erfahren. So heißt es im Strategiepapier der Partei: „Bei für die AfD bislang für Wahlerfolge nicht erforderlichen Themen (das gilt insbesondere für die

---

134 Alternative für Deutschland: „Demokratie wieder herstellen – Dem Volk die Staatsgewalt zurückgeben – AfD-Manifest 2017 – Die Strategie der AfD für das Wahljahr 2017“, v. 22. 12. 2016, [http://www.weser-kurier.de/cms\\_media/module\\_ob/2/1389\\_1\\_AfD-Strategie-2017\\_58a5b0701d8dd.pdf](http://www.weser-kurier.de/cms_media/module_ob/2/1389_1_AfD-Strategie-2017_58a5b0701d8dd.pdf), S. 9, abgerufen am 04.04.2017.

135 Matthias Geis: Alexander Gauland: Populist mit Stil, in: DIE ZEIT Nr. 27/2015.

136 Roland Pichler: Interview mit AfD-Bundesvize Gauland – Die AfD will als Partei der kleinen Leute punkten, in: Stuttgarter Zeitung v. 25.04.2016, <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.interview-mit-afd-bundesvize-gauland-die-afd-will-als-partei-der-kleinen-leute-punkten.f915c96e-4687-4f28-9b5c-596fbc15cf2b.html>, abgerufen am 03.06.2017.

Wirtschafts- und Sozialpolitik) muss sehr sorgfältig darauf geachtet werden, dass sich die Anhängerschaft der AfD nicht auseinanderdividiert.“ Zweitens müssten „Positionen, die der politische Gegner als ‚neoliberal‘ ausschlagen kann, gut argumentiert und unter Marketinggesichtspunkten aufbereitet werden“. <sup>137</sup>

Eine solche Herangehensweise kann als rechter Sozialpopulismus bezeichnet werden. Darunter ist eine Agitationsform zu verstehen, die unter (extrem) rechten Grundannahmen die selektive Aufnahme von Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerforderungen beinhaltet, um mit populistischer Ansprache Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerschichten mobilisieren zu können. Zugleich werden soziale und ökonomische Schief lagen nationalistisch kanalisiert und umgedeutet. Diese Agitationsform lässt sich anhand einer Rede von Björn Höcke auf einer AfD-Demonstration in Schweinfurt veranschaulichen, wo er behauptete: „Die Soziale Frage der Gegenwart ist nicht primär die Verteilung des Volksvermögens von oben nach unten, unten nach oben, jung nach alt oder alt nach jung. Die neue deutsche Soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist die Frage nach der Verteilung des Volksvermögens von innen nach außen!“ <sup>138</sup>

Mit der Gründung eigener „Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmer-Organisationen“ betreibt die AfD eine Form von rechter Querfront-Politik. Vier solcher Vereinigungen sind aktuell in der AfD aktiv: „AidA“, „AöD“, „AVA“ und „ALARM!“. Bereits zu Bernd Luckes Zeiten wurde die Gruppe der „Arbeitnehmer in der AfD“ (AidA), gegründet, die faktisch nur in Hamburg und Baden-Württemberg präsent ist. Die „Alternative öffentlicher Dienst“ (AöD) ist lediglich im Raum Aachen präsent. In NRW und Berlin hingegen ist AVA, die „Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer“ aktiv. Der AVA-Vorsitzende Uwe Witt zählt zum politischen Lager von Parteisprecherin Frauke Petry und des NRW-Landesvorsitzenden Marcus Pretzell. Der Ex-Sozialdemokrat Guido Reil ist bei der AVA mittlerweile zum NRW-Vorsitzenden aufgestiegen. Er mobilisierte mit sozialpopulistischen Inszenierungen bei der NRW-Landtagswahl 2017 besonders im Ruhrgebiet Wählerzustimmung.

Der „Alternative Arbeitnehmerverband Mitteldeutschland“ (ALARM!) ist als politisches Machtinstrument der AfD-Rechtsaußen-Gruppierung „Der Flügel“ zu bewerten. Die Gründung dieser Vereinigung wurde öffentlichkeitswirksam von Jürgen Pohl auf einer AfD-Veranstaltung am 1. Mai 2017 in Erfurt verkündet. Pohl ist Leiter des Wahlkreisbüros von Björn Höcke in Mühlhausen. Als Kampfansage an die Gewerkschaften

---

<sup>137</sup> Alternative für Deutschland: „Demokratie wieder herstellen – Dem Volk die Staatsgewalt zurückgeben – AfD-Manifest 2017 – Die Strategie der AfD für das Wahljahr 2017“, v. 22. 12. 2016, [http://www.weser-kurier.de/cms\\_media/module\\_ob/2/1389\\_1\\_AfD-Strategie-2017\\_58a5b0701d8dd.pdf](http://www.weser-kurier.de/cms_media/module_ob/2/1389_1_AfD-Strategie-2017_58a5b0701d8dd.pdf), abgerufen am 04.04.2017.

<sup>138</sup> Björn Höcke (AfD): Die neue SOZIALE Frage (Schweinfurt, 28.04.2016), <https://www.youtube.com/watch?v=f1BOqo7WDao&feature=share>, abgerufen am 14.06.2017.



bekundete er auf der AfD-Demonstration: „Kämpft mit uns, dass wir den 1. Mai diesen Verrätern entreißen! (...) Nehmen wir diesen 1. Mai als Aufbruch in den Kampf für einen solidarischen Patriotismus!“<sup>139</sup>

Alle genannten Gruppierungen weisen keine erkennbaren politischen oder gar betrieblichen Verankerungen auf. Die Eigendarstellung ist als äußerst unprofessionell zu bewerten: Ausführlichere Darstellungen zu den jeweiligen politischen und organisatorischen Zielvorstellungen sind nicht vorhanden. Diese mangelhafte inhaltliche Außendarstellung lässt darauf schließen, dass es sich bei all diesen Gruppierungen um innerparteilich nicht tiefergehend getragene Versuche handelt, der AfD ein „Arbeiter-Image“ zu verpassen. Die Wirkungen solcher politischen Angebote bei entsprechenden Wählerinnen- und Wählermilieus lassen sich daher nicht mit der (real nicht vorhandenen) Professionalität sozialpopulistischer Ansprachen seitens der AfD erklären. Vielmehr stoßen solche Agitationen lediglich deshalb auf Resonanz bei Wählerinnen und Wählern, weil sie offenbar eine politische Leerstelle füllen.

Hans-Jürgen Urban weist deshalb zu Recht auf die Notwendigkeit hin, mehr als bislang praktiziert den „über Ungerechtigkeit Empörten ein Angebot“ machen zu müssen, sich in einer solidarischen Bewegung zu engagieren: „Wer wirklich etwas tun will für mehr Gerechtigkeit, ist bei Gewerkschaften gut und bei Rassisten und Nationalisten denkbar schlecht aufgehoben.“<sup>140</sup>

---

139 1. Mai Demo der AfD-Thüringen in Erfurt am 01.05.2017, Rede des Thüringer Listen- und Direktkandidaten für die Bundestagswahl 2017, Jürgen Pohl, [https://www.youtube.com/watch?v=bwy\\_4NYZCk4](https://www.youtube.com/watch?v=bwy_4NYZCk4), abgerufen am 15.06.2017.

140 Hans-Jürgen Urban: „Demokratie braucht soziale Sicherheit“, Interview, in: Frankfurter Rundschau v. 27.04.2017.

# 5. Ausblick

Nach den aktuellen Umfragen wird die AfD im September in den Bundestag einziehen. Allerdings dürfte sie deutlich hinter den Werten zurückbleiben, die ihr noch zum Jahreswechsel in Meinungsumfragen attestiert worden waren. Statt zur „Volkspartei“ zu werden und damit zumindest optisch an Union und SPD anknüpfen zu können, dürfte sie eher mit FDP, Grünen und Linken darum konkurrieren, wer von den kleinen Parteien die größte wird.

Parteiintern dürfte das zu erwartende Wahlergebnis den bereits massiv vorhandenen Differenzen und Konflikten weiteren Auftrieb geben. Vor dem Hintergrund des saarländischen Wahlergebnisses, der gesunkenen Umfragewerte und der parteiinternen Auseinandersetzungen räumte Spitzenkandidatin Alice Weidel Anfang Mai ein, dass das Wählerinnen- und Wählerpotenzial der AfD geschrumpft sei. Sie wolle nun ein Ergebnis von 15 Prozent bei der Bundestagswahl anpeilen. „Das ist meine persönliche Zielmarke“, sagte Weidel Medienberichten zufolge bei einem Parteitag der baden-württembergischen AfD. Man müsse realistisch bleiben, wird sie zitiert.<sup>141</sup> Realistisch erscheint diese „persönliche Zielmarke“ knapp vier Monate vor der Wahl freilich nicht.

Aktuelle Umfragen attestieren der AfD zwischen sieben und neun Prozent. Viel spricht dafür, dass sie sich auch auf Bundesebene als Parlamentspartei etablieren wird. Dies dürfte nach Lage der Dinge aber nicht als „kleine Volkspartei“ gelingen, als die sie sich selbst des Öfteren präsentierte. Unwahrscheinlich ist, dass Petry angesichts der personellen Zusammensetzung der Fraktion und erst recht nach ihrem Rückzug als Mitglied eines Spitzenteams in der Fraktion eine führende Rolle einnehmen könnte.<sup>142</sup>

Eine längerfristige Etablierung kann der rechtspopulistischen Partei jedoch nur gelingen, wenn sie ihr selbstdestruktives innerparteiliches Konfliktverhalten zu bändigen in der Lage ist. Wahrscheinlich ist, dass nach der Bundestagswahl die Konflikte in der Partei erneut in aller Schärfe ausbrechen werden. Sogar eine neuerliche Parteispaltung wird nicht ausgeschlossen. Die Tageszeitung „Freie Presse“ aus Chemnitz berichtete Ende Mai über eine geschlossene Facebook-Gruppe sächsischer AfD-Mitglieder („fast alle bekennende Anhänger von Frauke Petry“, wie die Zeitung schrieb).<sup>143</sup> Immerhin vier der zwölf Landesvorstandsmitglieder gehören dem Bericht zufolge der Gruppe an, darunter Landesvize Thomas Hartung und Sachsens JA-Chef Julien Wiesemann. Diskutiert wurde

---

141 Weidel gibt ihr Ziel für die Bundestagswahl bekannt, Welt N24 v. 07.05.2017, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article164334937/Weidel-gibt-ihr-Ziel-fuer-die-Bundestagswahl-bekannt.html>, abgerufen am 16.06.2017.

142 Umstritten ist auch, ob Petry ihr Direktmandat wieder entzogen wird. In der sächsischen AfD wird zudem diskutiert, ob die Landesliste zur Bundestagswahl neu gewählt werden muss. Und schließlich hat die Dresdener Staatsanwaltschaft die Aufhebung ihrer Immunität als Landtagsabgeordnete wegen möglichen Meineids beantragt.

143 Tino Moritz: Wie sich Sachsens AfD zerlegt, in: Freie Presse v. 30.05.2017, <http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Wie-sich-Sachsens-AfD-zerlegt-artikel9916403.php>, abgerufen am 16.06.2017.

in der Gruppe, ob bereits jetzt ein „sofortiger Austritt/Rücktritt“ angeraten sei oder ob man bis zur nächsten Wahl des Bundesvorstands im Herbst Unterstützerinnen und Unterstützer sammeln solle, um dann als „Alternative zur AfD“ schlagkräftig und mit genug Personal und Mandaten weiterarbeiten zu können.

Noch dringen solche Diskussionen, die in Teilen der AfD geführt werden, nur selten an die Öffentlichkeit. Nach der Bundestagswahl könnte sich das ändern. Zumal dann die disziplinierende Wirkung von Wahlkämpfen fehlt. Die nächsten Landtagswahlen stehen erst im Januar 2018 in Niedersachsen und im Herbst des kommenden Jahres in Hessen und Bayern an.

Sich jedoch lediglich auf die selbstdestruktiven Wirkungen der rechten ‚Wutbürger‘-Partei verlassen zu wollen, wäre (nicht nur) aus gewerkschaftlicher Sicht gefährlich: Die Wirkmächtigkeit des völkisch-autoritären Populismus der AfD bei Wahlen verdeutlicht das Gefahrenpotenzial vorhandener Demokratieverdrossenheit und rechter Ressentiments in der Gesellschaft.

### **Zu den Autoren:**

Alexander Häusler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus der Hochschule Düsseldorf ([www.forena.de](http://www.forena.de)).

Jüngste Buchveröffentlichungen:

- Alexander Häusler und Fabian Virchow (Hg.): Neue soziale Bewegung von rechts? Zukunftsängste, Abstieg der Mitte, Ressentiments, Hamburg 2016.
- Fabian Virchow, Martin Langebach und Alexander Häusler (Hg.): Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden 2016.

Rainer Roeser ist freier Journalist und schreibt u.a. für das Internetportal „blick nach rechts“ ([www.bnr.de](http://www.bnr.de)).

Letzte Buchveröffentlichung:

- Rainer Roeser und Alexander Häusler: Die rechten „Mut“-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der „Alternative für Deutschland“, Hamburg 2015.

